

ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG



- **550 Jahre Ripen**  
Streit über eine alte Urkunde
- **Skandinavien in der NS-Zeit**  
Nordische KZ-Häftlinge  
und ihre Befreiung
- **Sklavenarbeit**  
Die „Grenzstellung“ 1944/45  
und das KZ Ladelund

# ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG

**HERAUSGEBER:** ADS – GRENZFRIEDENSBUND e.V.  
Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig

*Redaktionsgeschäftsstelle:* Ingrid Schumann, Referentin für Grenzlandfragen

*Anschrift:* Marienkirchhof 6 · 24937 Flensburg  
Telefon (04 61) 86 93-25 · Telefax (04 61) 86 93-20  
E-Mail: grenzfriedensbund@ads-flensburg.de  
www.grenzfriedensbund.de

*Geschäftszeit:* Dienstag und Donnerstag, 09.00-12.00 Uhr  
Mittwoch, 09.00-16.00 Uhr  
Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 86 93-0

*Beitrag:* 15 € für Einzelmitglieder, 30 € für Verbände, Schulen usw.

*Abonnement:* 15 € Inland, 17,50 € Ausland

*Bankverbindungen:* HypoVereinsbank (BLZ 200 300 00) Kto.-Nr. 80 009 407  
Nord-Ostsee-Sparkasse (BLZ 217 500 00) Kto.-Nr. 82 988

## INHALT

Seite

*Klaus J. Lorenzen-Schmidt*

550 Jahre Ripen. Streit über eine alte Urkunde .....187

*Jens-Christian Hansen*Skandinavien in der Zeit des Nationalsozialismus  
und die „Aktion Bernadotte“. Ein Tagungsbericht .....195*Jörn-Peter Leppien*Sklavenarbeit für den „Endkampf“.  
Die „Grenzstellung“ 1944/45 und das KZ Ladelund .....203

Umschau .....237

Buchbesprechungen .....248

Mitarbeiter/innen dieses Heftes .....251

Abbildungsnachweis .....252

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des ADS-Grenzfriedensbundes enthalten.

Einzelheft 4 €.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

*Redaktion der Grenzfriedenshefte:*

- Ove Jensen, M.A., Lollfuß 6 · 24837 Schleswig
- Dr. Jörn-Peter Leppien, Libellenring 15 · 24955 Harrislee
- Dr. Matthias Scharfl, Friedrichstal 55 · 24939 Flensburg
- Dr. Gerret Liebing Schlaber, Tækkerløkke 26 · DK-6200 Aabenraa

Redaktionsanschrift: Marienkirchhof 6 · 24937 Flensburg

Satzerstellung:

Mittelstaedt Media Design, Libellenring 16 · 24955 Harrislee

Telefon 0461 / 700 29 99 · Telefax 0461 / 700 29 98

E-Mail: [mittelstaedt-design@web.de](mailto:mittelstaedt-design@web.de) · <http://www.mittelstaedt-media-design.de>

Druck:

Druckzentrum Harry Jung, Am Sophienhof 9 · 24941 Flensburg

ISSN 1867-1853

# 550 Jahre Ripen

## Streit über eine alte Urkunde

von KLAUS J. LORENZEN-SCHMIDT

*Der Ripener Vertrag von 1460 gehört zu den Quellen der schleswig-holsteinischen und dänischen Geschichte, die am nachhaltigsten geschichtspolitischen Zwecken dienstbar gemacht wurden. Mit dem verfälschenden Schlagwort „up ewig ungedeeft“ sollte der deutsche Anspruch auf ein „Schleswig-Holstein bis zur Königsau“ historisch untermauert werden. Es wurden Ressentiments geschürt, die im landläufigen Geschichtsbewusstsein bis heute eine Rolle spielen. Vor dem Hintergrund des 550. Jahrestages von Ripen und einer internationalen Fachtagung zu dem Thema im Landeskulturzentrum Salzau (März 2010) erläutert der verdienstvolle Landeshistoriker Dr. Klaus-J. Lorenzen-Schmidt im Folgenden aus wissenschaftlicher Sicht die Bedeutung des Ripener Privilegs und die wechselnden Interpretationen des Vertragstextes. Dabei geht er besonders auf die historiographische Kontroverse zwischen den Professoren Carsten Jahnke (Kopenhagen) und Reimer Hansen (Berlin) ein, der seine Thesen zuerst 1996 in den Grenzfriedensheften publiziert hatte.*

*Die Redaktion*

1459 starb der Herzog von Schleswig und Graf von Holstein Adolf VIII. Er hatte, ausgehend von der Grafschaft Holstein-Stormarn, die seinen Vorfahren zu Beginn des 12. Jahrhunderts vom sächsischen Herzog Lothar von Süpplingenburg verlehnt worden war, schließlich auf Dauer die Herrschaft über das dänische Fürstentum Schleswig errungen. Da er keine männlichen Leibeserben hinterlassen konnte, hatte er den Großen seiner Lande ans Herz gelegt, seinen Neffen Christian von Oldenburg, seit 1448 König von Dänemark, zu seinem Nachfolger zu wählen. Die Großen: das waren die politisch wichtigsten und wirtschaftlich potentesten Männer Nordelbiens – neben den wenigen Prälaten (hohen Klerikern bedeutender Institutionen wie dem Bistum Schleswig, dem Hamburger Domkapitel und der großen Feldklöster in den Landen) insbesondere die reichen und einflussreichen Rittergeschlechter der Lande, vertreten durch die Familienoberhäupter. Die holsteinische Ritterschaft hatte sich seit dem 13. Jahrhundert aufgrund ihrer eigenen ökonomischen Stärke wie der Macht ihrer Herren, der Grafen von Holstein-Stormarn, immer stärker auch in Schleswig und Jütland, dann auch auf den dänischen Inseln breitgemacht und stellte das eigentlich einende

Band zwischen Holstein und Schleswig dar. Aufgrund dieser Konstellation kam es Ende Februar/Anfang März 1460 zu einer Konferenz des dänischen Königs, seines Reichsrates und der schleswigschen und holsteinischen Großen in der alten Stadt Ripen/Ribe an der Südwestküste Jütlands, bei der es um die Neuwahl eines Landesherrn für Schleswig und Holstein gehen sollte.

Über die Verhandlungen und insbesondere die an die Wähler von Ripen fließenden Geldzahlungen und andere Geschenke ist verschiedentlich publiziert worden. Am Schluss standen eine Urkunde (vom 5. März 1460), die unterschiedliche Interpretationen zulässt und unterschiedlich bezeichnet worden ist (Vertrag, Privileg, Freiheitsbrief, Handfeste, Wahlkapitulation) und die Wahl Christians I. zum Herzog von Schleswig und Grafen von Holstein-Stormarn. Wenig später erfolgte eine Komplementierung und Korrektur der Ripener Urkunde in der sogenannten „Tapferen Verbesserung“ von Kiel – einer Wahl- oder Huldigungskapitulation. Der „Vertrag von Ripen“ ist jedem landesgeschichtlich Interessierten als eines der wichtigsten Verfassungsdokumente des mit dem Königreich Dänemark in Personalunion stehenden „Schleswig-Holstein“ bekannt – aber nicht jedem ist sein Charakter und der Sinn seines Wortlautes deutlich. Glücklicherweise wird über diese Urkunde und ihre Interpretation im Rahmen der Landesgeschichte seit langem diskutiert, auch wenn dies stets im Rahmen der von Friedrich Christoph Dahlmann zu Beginn des 19. Jahrhunderts vorgegebenen Hauptdenkrichtung geschah. Glücklicherweise deshalb, weil Geschichte stete Neuinterpretation des scheinbar Feststehenden erfordert, weil sich im Laufe der Geschichte Auffassungen ändern, Ideologien entlarvt und (Vor-)Urteile revidiert werden müssen – eine der vornehmsten Aufgaben einer ernstzunehmenden Geschichtswissenschaft.

Das ist auch einer der Gründe, die den jungen neuen Regional- und Landeshistoriker der Universität Kiel, Prof. Dr. Oliver Auge, dazu bewogen haben, in diesem Jahr eine internationale Fachtagung zum Thema „Ripen 1460: 550 Jahre politische Partizipation in Schleswig-Holstein?“ im Landeskulturzentrum Salzau auszurichten. Vom 5. bis 7. März konnte das interessierte Publikum 16 Fachvorträge von ausgewiesenen Kennern der Materie hören. Dabei kam es nur im ersten Teil auf die Verhältnisse in Schleswig und Holstein an, nachdem Kersten Krüger (Rostock) „Die landständische Verfassung im europäischen Vergleich“ umrissen hatte. Neben Detlev Kraack (Plön), der die ökonomische Potenz und den geistesgeschichtlichen und politischen Horizont des schleswig-holsteinischen Adels im Spätmittelalter skizzierte, sprachen Mikkel Leth Jespersen (Flensburg) über die Partizipation der Ritterschaft in den frühneuzeitlichen Herzogtümern und Oliver Auge (Kiel) über Klerus und Städte auf den Landtagen bis 1550. Zur Interpretation der Ripener Urkunde äußerte sich dezidiert Carsten Jahnke (Kopenhagen) unter dem Titel „Die Anomalie des Normalen. Die Ripe-

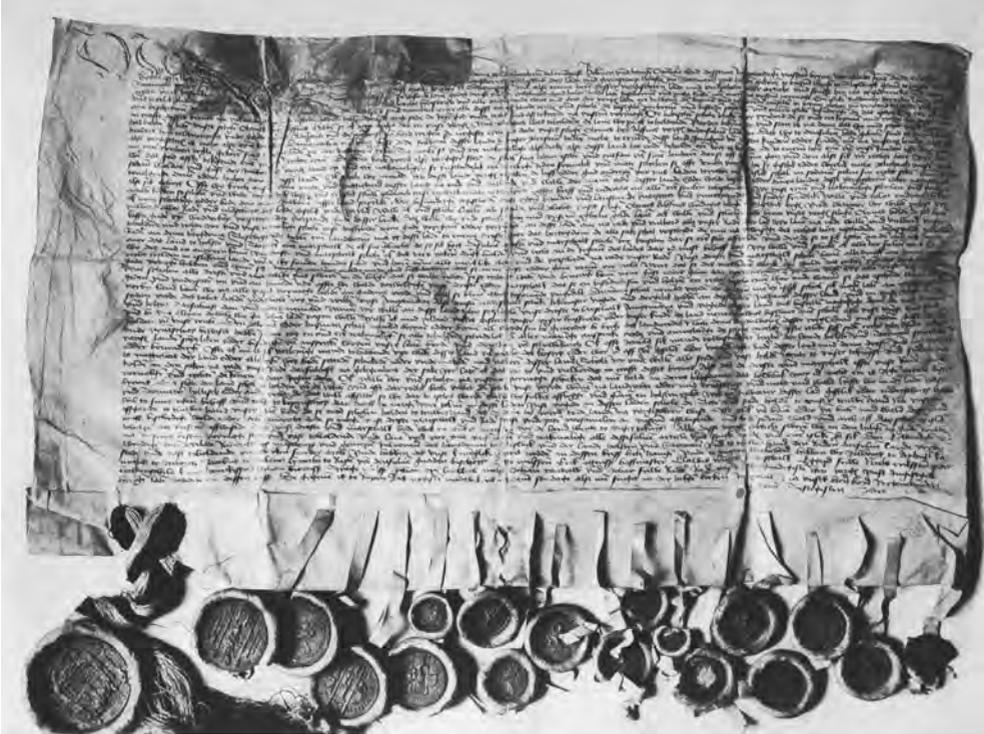


Abb. 1 Das Ripener Privileg vom 5. März 1460

ner Handfeste und das „dat se bliven ewich tosamende ungedelt“, und Reimer Hansen (Berlin) behandelte „Die Bestimmung und Bedeutung der Unteilbarkeitsformel des Ripener Privilegs“. Dazu unten mehr.

Nach einem Abendvortrag von Werner Paravicini (Kiel) über die Privilegienlande der schleswig-holsteinischen Ritterschaft (von 1504) ging es an den folgenden Tagen weiter mit Beiträgen über die reichs- und landständische Verfassung in Dänemark (Thomas Riis und Marin Krieger – beide Kiel), Schweden (Jens E. Olesen), Schottland und Brabant (Olaf Mörke – Kiel), im Deutschen Reich/Südwestdeutschland (Axel Metz – Wesel), in Pommern (Ralf-Gunnar Werlich), Hessen (Tim Neu – Münster), in den wettinischen Landen (Christoph Volkmar – Wernigerode) sowie Franken und Alt-Bayern (Joachim Schneider – Mainz). Damit wurde die Einordnung der Vorgänge, die zur Ripener Urkunde geführt hatten, sehr gut verdeutlicht. Es wurden dabei auch zahlreiche neue landesgeschichtliche Erkenntnisse zum Herrschaftsaufbau der behandelten Territorien vorgetragen. Diskussionen bereicherten die Tagung – eine zusammenfassende Bewertung unterblieb leider, dürfte aber in der in Aussicht genommenen Publikation der Tagungsbeiträge nachzuholen sein.

Im Jahre 2003 veröffentlichte der junge Historiker Carsten Jahnke, der nach seiner Ausbildung in Kiel seit mehreren Jahren am Saxo-Institut für Geschichte der

Universität Kopenhagen lehrt, in der Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, dem „Flaggschiff“ der schleswig-holsteinischen Landesgeschichtsforschung, einen Aufsatz<sup>1</sup>, für den er vor 30 Jahren in Schleswig-Holstein noch seine wissenschaftliche Reputation aufs Spiel gesetzt hätte. In diesem Aufsatz legte er nämlich Hand an eine der wirkungsmächtigsten Konstrukte des historischen Selbstverständnisses des älteren Schleswig-Holstein wie des neuen Schleswig-Holstein: an das Untrennbarkeitsversprechen, das 1460 der dänische König Christian I. den Großen der Lande Schleswig (Herzogtum) und Holstein-Stormarn (Grafschaft) vor oder bei seiner Wahl zum Landesherrn für beide Territorien gegeben hatte. Carsten Jahnke – auch im Bereich der von ihm maßgeblich mitbetriebenen neuen, auf kritische Hinterfragung älterer, von nationalen Voreingenommenheiten geprägten Hansegeschichte aktiv – sagte im Kern, dass die in der Ripener Urkunde enthaltene Formulierung „dat se bliven ewich tosamende ungedelt“ zum einen sich nicht auf die Untrennbarkeit von Schleswig und Holstein beziehe und zum anderen kein Element einer wie auch immer gearteten Unionsverfassung für beide Lande sei, sondern nur Geltung für die Regierungszeit Christian I. gehabt habe. Vor allem der erste Teil seiner Interpretation stellte einen Bruch mit der in Schleswig-Holstein seit dem zweiten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts entwickelten und nach 1867 kanonisierten Auffassung dar, dass in Ripen die „ewige“ Untrennbarkeit Schlesiws von Holstein festgeschrieben worden wäre. Aufgrund dieser (um 1820 neu formulierten) Interpretation des alten Dokuments war die historische Legitimation für die angestrebte Herauslösung beider Herzogtümer (Holstein war auf Betreiben Christians I. 1474 vom Kaiser zum Herzogtum erhoben worden) aus dem dänischen Gesamtstaat im Jahre 1848 geliefert worden. Diese Bestrebungen führten zur in Schleswig-Holstein sogenannten „Schleswig-Holsteinischen Erhebung“ (1848-1851), die in Dänemark lange als „Aufruhr“ bezeichnet wurde, bevor sich die neutrale Bezeichnung „Drei-Jahres-Krieg“ oder „Erster Schleswigscher Krieg“ in der dortigen Geschichtswissenschaft durchsetzte.

Allerdings hat Carsten Jahnke mit dem ersten Teil seiner Interpretation kein Neuland betreten, denn schon 1996 hatte der aus Dithmarschen stammende, in Kiel ausgebildete und an der Freien Universität in Berlin lehrende Historiker Reimer Hansen in den Grenzfriedensheften einen Beitrag veröffentlicht<sup>2</sup>, der nach der historischen Bedeutung des Unteilbarkeitsversprechens der Ripener Urkunde fragte und genauer darlegte, wie die Neu-Interpretation von Friedrich Christoph Dahlmann aus den Jahren 1814/1815 im Kontext ihrer Zeit entstehen und Deutungshoheit (jedenfalls in den deutschgesinnten Teilen der Herzogtümer) bekommen konnte. Schon dieser Beitrag brach grundsätzlich mit der Dahlmannschen Interpretation, führte aber genauso wenig wie der sieben Jahre später von Carsten Jahnke erneuerte Angriff auf eine überkommene „Selbstverständlichkeit“

Abb. 2  
Propagandapostkarte aus dem  
Abstimmungskampf 1918-20  
für den Verbleib des ungeteilten  
Herzogtums Schleswig bei  
Deutschland



der schleswig-holsteinischen Landesgeschichte zu einem Aufschrei der mit ihr befassten Historiker. Die Emotionen in dieser Angelegenheit – so scheint es – waren 130 Jahre nach der preußischen Annexion von Schleswig und Holstein, der Bildung der preußischen Provinz Schleswig-Holstein, dem unter höchster emotionaler Anspannung geführten Abstimmungskampf von 1918-1920 und der schließlichen Etablierung des die Grenzmodalitäten von 1920 anerkennenden deutschen (Bundes-) Landes Schleswig-Holstein 1947 erschöpft. Jedenfalls nach den Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955 mochte keiner der beinharten Schleswig-Holsteinisten des 20. Jahrhunderts mehr für den Unteilbarkeitsanspruch, und damit für eine Rückgewinnung des aus deutscher Sicht abgetretenen Nordschleswig und des aus dänischer Sicht wiedervereinigten Sønderjylland, eintreten.

Dass die Urkunde von Ripen keine Unteilbarkeit im Sinne einer Untrennbarkeit der Lande Schleswig und Holstein verspricht, ist – ausgehend von vergleichbaren Dokumenten des Spätmittelalters im Bereich des Deutschen Reiches – inzwischen unstrittig, hat sich nur noch nicht als allgemeine Auffassung durch-

gesetzt. Gemeint ist mit dem angeschlossenen Nebensatz „unde dat se bliven ewich tosamende ungedelt“ vielmehr, dass beide Lande nicht im dynastischen Erbgang aufgeteilt werden sollten – denn das hätte die Einflussmöglichkeiten der „Großen“ der Lande beträchtlich geschwächt oder zumindest schwächen können. Ein Landesherr bedeutete nämlich: ein Adressat für Privilegierungswünsche und Forderungen nach Erhalt des Status quo; mehrere Landesherrn machten die politische Lage für die Gefolgsleute der jeweiligen Landesherrn leicht unübersichtlich (und das zeigte sich dann ja tatsächlich nach den Landesteilungen von 1490 und 1544). Reimer Hansen und Carsten Jahnke sind sich in diesem Punkt ganz einig.

Viel schwieriger ist indessen die Frage zu klären, was in der Urkunde von Ripen und in der Kieler „Tapferen Verbesserung“ tatsächlich versprochen wurde: Handelt es sich bei diesen Urkunden um grundlegende Verfassungsfixierungen, mit denen die staatsrechtlichen (ich verwende diesen anachronistischen Ausdruck, obwohl es Staaten im heutigen Sinne in dieser Zeit in Europa noch nicht gab) Verhältnisse der Lande Schleswig und Holstein in sich und zueinander für eine unbegrenzt gedachte Zukunft fixiert werden sollten? Oder ging es „nur“ um eine Zusage eines zu wählenden Herrschers an seine mächtigsten Gefolgsleute „auf weiteres“ oder bis zu seinem Regierungsende (gewöhnlicherweise: bis zu seinem Tod)? Die Urkunde selbst sagt darüber explizit nichts aus. Carsten Jahnke glaubt nun, aus dem Wortlaut der offensichtlich eingeschobenen, erst im Verlauf der Verhandlungen zwischen König und (dänischem) Reichsrat einerseits und den wichtigsten Repräsentanten der Lande Schleswig und Holstein (vornehmlich Vertretern der Ritterschaft) formulierten Bestimmung über die Unteilbarkeit („unde dat se bliven ewich tosamende ungedelt“) entnehmen zu können, dass das Wort „se“ sich auf die Wähler bezieht und nicht auf die „vorben[omeden] lande“. Damit hätte er ein wichtiges Argument für seine Interpretation der Urkunde als eine Wahlkapitulation gewonnen, also als ein Versprechen des zu Wählenden an seine Wähler. Diese Interpretation weist Reimer Hansen dem Wortlaut und dem Zusammenhang nach zurück. Seiner Auffassung nach bezieht sich der Text fraglos auf die Territorien, also das „se“ auf die „vorben[omeden] lande“, das Herzogtum Schleswig und die Grafschaft Holstein-Stormarn. Was hier wie Haarspalterei aussieht, hat aber durchaus Konsequenzen für die Frage des „Verfassungsranges“ der Urkunde: Richtet sie sich an die Wähler und bezieht sie sich auf die Dauer von Lebenszeiten der Beteiligten (König, Reichsrat, Wähler) oder wird hier ein „Landesgrundgesetz“ (keine dynastische Teilung der beiden Lande) formuliert, das Geltung über die Lebensdauer der Beteiligten hinaus haben sollte? Für Hansen handelt es sich in diesem Zusammenhang nicht um ein ausschließendes Entweder-oder, sondern um ein Sowohl-als-auch.

In diesem Zusammenhang spielt selbstverständlich das kleine Wort „ewich“ eine

Rolle, das nach Auffassung von Carsten Jahnke durchaus einen anderen Sinn hatte als heute: nämlich nicht auf unbegrenzte Zeit, sondern nur auf lange Zeit, etwa auf Lebensdauer. Auch Reimer Hansen ist der Auffassung, dass die Wahlkapitulation von 1460 zunächst für die Regierungszeit Christians I. galt. Er macht aber darüber hinaus darauf aufmerksam, dass die Gültigkeit des Ripener Privilegs bei jedem Thronwechsel des Königs von Dänemark als Landesherrn von Schleswig und Holstein bekräftigt wurde und daher bis zum Ende der Personalunion des Königreichs Dänemark mit den Herzogtümern in Geltung geblieben sei. Insofern hat für Hansen die Ripener Urkunde bis 1864 verfassungsrechtliche Gültigkeit behalten.

Die zwischen den beiden Kontrahenten geführte – ansonsten aber die Historiographie bislang kaum zu Stellungnahmen bewegende – Kontroverse erscheint mir als nicht so wichtig. Wichtig war und ist für mich – und kann für viele meiner Zeitgenossen ebenfalls wichtig sein – die Erkenntnis Reimer Hansens von der Unterscheidung der „Untrennbarkeit“ und der „Unteilbarkeit“ der Territorien. Denn mit der Ripener Formel wird nur gesagt, dass Schleswig und Holstein-Stormarn nicht dynastisch aufgeteilt werden sollen, während über die Untrennbarkeit Schlesiwiigs von Holstein-Stormarn nichts gesagt ist. Das ist die wahrhaft neue Erkenntnis nach über 150 Jahren gewolltem nationalem (und nationalistischem) Fehlverständnis der Urkunde. Diese alte Interpretation, die über 100 Jahre lang das Verhältnis zwischen Dänen und Schleswig-Holsteinern vergiftet hat und bis heute mit dem Schlagwort „Up ewig ungedeelt!“ noch immer für Ressentiments (gerade im Hinblick auf das „gedeelte“ Herzogtum Schleswig) sorgt, ist historiographisch erledigt und kann rational nicht mehr für nationale Auseinandersetzungen (wenn die den Gesetzen der Rationalität überhaupt folgen können) missbraucht werden.

Ob Christian I. bei seiner Wahl zum Herzog von Schleswig und Grafen von Holstein-Stormarn ein auf seine Lebenszeit begrenzte oder auf unbegrenzte Zeit geltendes Unteilbarkeitsversprechen gegeben hat, ist und bleibt eine ziemlich akademische Frage. Denn schon Christians Söhne Johannes und Friedrich teilten 1490 die Lande. Und dasselbe taten seine drei Enkel Christian (III.), Johannes und Johann Adolf 1544. Wenn sie dabei pro forma an die Formulierungen der Ripener Urkunde anknüpften, dann vor allem, um den Mächtigen in den Herzogtümern zu signalisieren: Eure Rechte und Einflussmöglichkeiten werden nicht beschnitten. Dass das Unteilbarkeitsversprechen im Zuge des politischen Auseinanderdriftens der Herzogtümer königlichen und gottorfischen Anteils schließlich Makulatur und dass in Zeiten des in Dänemark „erfundenen“ Absolutismus auch über das Versprechen des bleibenden Einflusses der Ritterschaft hinweggegangen wurde, zeigt ohnehin, welchen historischen Wert scheinbar „ewige“ Verfassungssetzungen haben.

Die Erinnerung an die Ausstellung der Ripener Urkunde vor 550 Jahren wird durch diese Überlegungen nicht überflüssig. Ripen markiert den Beginn eines überaus fruchtbaren Zusammengehens der nordelbischen Territorien Holstein-Stormarn als deutschem und Schleswig als dänischem Reichsgebiet mit dem Königreich Dänemark. Diese Verbindung hat über 400 Jahre für beide Seiten große Vorteile gebracht und ist erst in den letzten 50 Jahren ihres Bestehens aus nationalem Interesse von deutscher wie auch von dänischer Seite massiv (und bis zum bewaffneten Konflikt mit hohen Opferzahlen) in Frage gestellt worden. Der dänische Gesamtstaat mit seinen unterschiedlichen nationalen Anteilen stellte eine funktionierende Antwort in der Periode der Entwicklung des modernen Staates dar – fiel aber schließlich den nationalen und nationalistischen Tendenzen sowohl im Kerngebiet wie auch in den Peripheriezonen zum Opfer. Somit muss man in Erinnerung an den Vertrag, das Privileg, die Handfeste oder Wahlkapitulation von Ripen nicht so sehr über die „Anfänge der politischen Partizipation“ in Schleswig-Holstein nachdenken, sondern über die Chancen und Restriktionen, die sich durch die Personalunion zwischen dänischem Reich und den beiden nordelbischen Territorien ergaben. Einzelne Formulierungen des historischen Dokuments von 1460 sind dabei von minderer Bedeutung – außer in ihrer Interpretations- und Rezeptionsgeschichte in Zeiten starker Betonung nationaler Belange, in Zeiten des Nationalismus als einer Völkerkrankheit, die wir hoffentlich mehr und mehr überwinden können.

#### Hinweise

- 1 Carsten Jahnke, „dat se bliven ewich tosamende ungedelt“. Neue Überlegungen zu einem alten Schlagwort, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, Bd. 128 (2003), S. 45-59.
- 2 Reimer Hansen, Was bedeutet „up ewig ungedeelt“? Das Ripener Privileg von 1460 im deutsch-dänischen Nationalkonflikt des 19. Jahrhunderts, in: Grenzfriedenshefte, 1/1996, S. 215-232. Geringfügig aktualisiert und mit Anmerkungen versehen erneut abgedruckt unter dem Titel: Das Privileg von 1460 im deutsch-dänischen Nationalkonflikt des 19. Jahrhunderts, in: Krieg und Frieden in der historischen Gedächtniskultur. Studien zur friedenspolitischen Bedeutung historischer Argumente und Jubiläen von der Antike bis zur Gegenwart, hrsg. v. Johannes Burkhardt (Schriften der Philosophischen Fakultäten der Universität Augsburg 62), München 2000, S. 71-89.

# Skandinavien in der Zeit des Nationalsozialismus und die „Aktion Bernadotte“

Ein Tagungsbericht

von JENS-CHRISTIAN HANSEN

*Der junge Historiker Jens-Christian Hansen informiert über eine internationale Fachtagung, die das Studienzentrum der KZ-Gedenkstätte Neuengamme im Frühjahr 2010 ausrichtete – 70 Jahre nach dem deutschen Überfall auf Dänemark und Norwegen und 65 Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus.<sup>1</sup> Auf der Tagung ging es einerseits um die unterschiedliche Situation in den nordischen Staaten während der Zeit des Nationalsozialismus, andererseits um das Schicksal der skandinavischen Häftlinge in deutschen Konzentrationslagern und um die Befreiungsaktion des schwedischen Grafen Bernadotte 1945. Bei der zweitägigen Tagung kamen nicht nur zahlreiche ausgewiesene Fachwissenschaftler, sondern auch Überlebende zu Wort. Das Studienzentrum der KZ-Gedenkstätte Neuengamme plant für 2011 eine ausführliche Dokumentation der Tagung. – Der Bericht von Jens-Christian Hansen ergänzt den Beitrag von Jörn-Peter Leppien im vorliegenden Grenzfriedensheft. Überhaupt gehören die auf der Tagung behandelten Probleme zu den Themenschwerpunkten unserer Zeitschrift. Auf einen hier erschienenen Beitrag geht auch eine vom ADS-Grenzfriedensbund mit herausgegebene Schrift von Henrik Skov Kristensen über das Internierungslager Frøslev und das Schicksal dänischer Gefangener in deutschen Konzentrationslagern zurück, die 2010 in zweiter Auflage erschienen ist.<sup>2</sup>*

*Die Redaktion*

## **Ziele der Tagung**

Im Rahmen der Gedenkfeierlichkeiten zum 65. Jahrestag der Befreiung fand in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme am 1./2. Mai 2010 die Tagung „Skandinavien in der Zeit des Nationalsozialismus und die ‚Aktion Bernadotte‘. Ereignisse und Erinnerung“ statt. Die Tagung behandelte die enge Verbindung zwischen der Besatzungspolitik in Skandinavien und den Haftbedingungen von Skandinavien in deutschen Konzentrationslagern, wobei das KZ Neuengamme wegen seiner geografischen Nähe zu Skandinavien eine besondere Rolle spielte. Es wurde auf die Unterschiede der Besatzungspolitik in Dänemark und in Norwe-

gen eingegangen, die für die historischen Hintergründe der skandinavischen KZ-Häftlinge von zentraler Bedeutung war. Die Tagung blieb jedoch nicht auf die von Deutschland besetzten Länder begrenzt. Finnland als strategischer Partner Deutschlands sowie Schweden und seine Bedeutung als deutscher Wirtschaftspartner und für die Evakuierung und Befreiung skandinavischer Häftlinge aus deutschen Konzentrationslagern wurden ebenfalls problematisiert. Ziel der Tagung war es, Formen von Widerstand, Mittäterschaft und Kollaboration in Skandinavien zu thematisieren und diese auf die Situation der skandinavischen KZ-Häftlinge zu beziehen.

### **Politik und Gesellschaft in Skandinavien während der NS-Zeit**

Nach einer Einführung von Oliver von Wrochem (KZ-Gedenkstätte Neuengamme) wurde die Tagung mit einer Sektion zu Politik und Gesellschaft in Skandinavien während der Zeit des Nationalsozialismus eingeleitet. Michael Jonas (Helmut Schmidt Universität, Hamburg) moderierte die Sektion. Es wurde deutlich, dass sich einige Aspekte wiederholten, was darauf zurückging, dass sich die Themen nur schwer gegeneinander abgrenzen ließen. Robert Bohn (Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte, Schleswig) behandelte in seinem Einführungsvortrag Widerstand, Kollaboration und Mittäterschaft in Dänemark und Norwegen und unterstrich die unterschiedliche Besatzungspolitik. Besonders der Anfang der Besatzung spielte eine Rolle, da Dänemark sich fast kampflos besetzen ließ, wohingegen die sogenannte „Friedensbesetzung“ in Norwegen scheiterte. Dänemark bewahrte durch die „Friedensbesetzung“ formal seine Souveränität, die sogar in großen Teilen nach dem Rücktritt der Regierung 1943 weitergeführt werden konnte. Bohn unterstrich die Unterschiede zu Norwegen, wo es ab 1942 eine kollaborierende nationalsozialistisch-dominierte Regierung gab. Dänemarks Selbstverwaltung nannte Bohn eine „Abnormität“ und diskutierte die politische und wirtschaftliche Kollaboration, die er als „Grauzone“ bezeichnete. Die Bedeutung nationaler Identität, die Rettung der dänischen Juden sowie der Rücktritt der Regierung 1943 wurden hervorgehoben. Echte Kollaborateure gab es laut Bohn in Dänemark nur wenige.

Die Vorträge von Guri Hjeltnes (Handelshøyskolen, Oslo) und Therkel Stræde (Universität Süddänemark, Odense) schlossen sich in vielerlei Hinsicht Bohn an. Stræde betonte Dänemarks passiven politischen Widerstand und verdeutlichte die Abneigung der Dänen gegen vertragliche Regelungen, um Handlungsspielräume zu wahren. Diese Spielräume wiederum wurden durch eine fehlende planmäßige deutsche Besatzungspolitik ermöglicht. Zur Kollaboration äußerte Stræde, dass die Politik der Zusammenarbeit Dänemark vor größerer Zerstörung bewahrte und viele Opfer verhinderte.

Hjeltnes verdeutlichte die Unterschiede zwischen Norwegen und Dänemark, die sich schon bei den Kampfhandlungen während der Besetzung zeigten. Die Verzögerung der Besetzung Norwegens ermöglichte das Exil der norwegischen Regierung und des Königs sowie das Organisieren des Widerstands. Hjeltnes schilderte die mit Dänemark vergleichbare historiografische Interpretation der Besatzungspolitik in Norwegen nach 1945, die sich jahrelang an der Bedeutung des Widerstandskampfes orientierte, wobei das Schicksal der norwegischen Juden und die Bedeutung der politischen Kollaboration erst spät Interesse fanden.

Die Vorträge über Schweden und Finnland von Paul A. Levine (Universität Uppsala) und Bernd Wegner (Helmut Schmidt Universität, Hamburg) verdeutlichten weitere Unterschiede in Skandinavien. Wegner problematisierte die Rolle Finnlands vor und während des Zweiten Weltkriegs und diskutierte das strategische Bündnis mit dem NS-Regime. Finnlands besondere politische Lage in den 1930er Jahren wegen des problematischen Verhältnisses zur Sowjetunion und die Unmöglichkeit einer finnischen Neutralität wurden herausgearbeitet. Das Bündnis mit der NS-Diktatur war im gemeinsamen Antikommunismus und nicht in einer ideologischen Nähe begründet, da Finnland eine konservativ-demokratische Regierung hatte. Wegner bezeichnete die deutsch-finnische Kriegsführung gegenüber der Sowjetunion als Angriffskrieg und definierte Finnland als Aggressor. Er unterstrich jedoch, dass Finnland kein Satellitenstaat Deutschlands gewesen sei, deutscher Strategie nicht folgte und sich nicht am Holocaust beteiligte. Unangenehme Themen wurden gegenüber dem Bündnispartner ausgeklammert.

Levine nannte in seinem Vortrag die Rolle des neutralen Schwedens während des Krieges ein Paradox zwischen Widerstand und Kollaboration: Einerseits war Schweden an der Rettung vieler Juden beteiligt, andererseits versorgte man Deutschland mit wichtigen Rohstoffen. Das diplomatische Doppelspiel sollte Schweden mit allen Mitteln aus dem Krieg halten. Die sozialdemokratisch-liberale Demokratie wollte laut Levine ihren Wohlfahrtsstaat mit allen Mitteln schützen. Man wollte deshalb lange Zeit keine jüdischen Flüchtlinge aufnehmen, was sich jedoch mit der Deportation der norwegischen Juden 1942 änderte. Schweden engagierte sich nun diplomatisch für die Juden, weshalb Levine die Schweden als „Desktop Rescuers“ bezeichnete.

## **Skandinavien im KZ Neuengamme**

Die zweite Sektion über die Skandinavien im KZ Neuengamme wurde von Detlef Garbe (KZ-Gedenkstätte Neuengamme) moderiert. Henrik Skov Kristensen (Frøslevlejrens Museum) griff in seinem Vortrag über die Deportation dänischer

Häftlinge auf die von Bohn und Stræde präsentierten Themen zurück und sprach über den „Sonderfall Dänemark“. Er betonte die weitgehende Autonomie, die jedoch nach dem Rücktritt der Regierung am 29. August 1943 eingeschränkt wurde. Der Regierungsrücktritt, der steigende Widerstand und die folgende Verschärfung der Besatzungspolitik hatten laut Kristensen eine zentrale Bedeutung für die Deportationen dänischer Bürger. Die dänischen Behörden versuchten durch den Bau des Polizeigefangenenlagers Frøslev, eines von Dänemark finanzierten und beeinflussten Internierungslagers unter deutscher Verwaltung, weitere Deportationen zu verhindern. Kurz nach der Eröffnung brachen die Besatzer aber die Vereinbarung über die Einstellung weiterer Deportationen. Kristensen zog das Fazit, dass das Lager dennoch als dänischer Erfolg zu bezeichnen sei, da damit vielen Dänen die Deportation erspart blieb. Kristensen verdeutlichte diese Schlussfolgerung durch Parallelen zu vergleichbaren Lagern in Norwegen und problematisierte die Bedeutung Neuengammes und anderer Konzentrationslager in Bezug auf spätere Deportationen.

Da Hans Sode Madsen (Køge) nicht persönlich an der Tagung teilnehmen konnte, wurde sein Vortrag von Michael Grill (KZ-Gedenkstätte Neuengamme) verlesen. Schwerpunkt bildete das Schicksal der dänischen Polizisten und Grenzgendarmen, die im September 1944 nach Deutschland deportiert wurden. Besonders wurden ihre Haftbedingungen sowie ihre Repatriierung thematisiert, da die Erkenntnisse, die hierdurch erlangt wurden, auch für die spätere Evakuierung anderer Skandinavier Bedeutung hatten.

Grill diskutierte die Hintergründe der Evakuierung auch in seinem eigenen Vortrag und setzte sich intensiv mit der Situation der Skandinavier in Neuengamme während der letzten Kriegsmonate auseinander. Besonders interessant war die Diskussion über die Begünstigung der Skandinavier im KZ-System, die sich laut Grill erst richtig im März 1945 durch die Einrichtung des sog. Skandinavierlagers in Neuengamme durchsetzte. Die Skandinavier hatten wie andere Häftlingsgruppen besonders schwere Haftbedingungen in den KZ-Außenlagern, was sich erst nach dem Eintreffen der Rot-Kreuz-Verpflegungspakete änderte. Grill verdeutlichte die größte Schattenseite des Skandinavierlagers: Die Überführung anderer Häftlingsgruppen durch Weiße Busse in KZ-Außenlager, um in Neuengamme Platz für Skandinavier zu schaffen. Diese Transporte bedeuteten für viele der überführten Häftlinge das Todesurteil.

In der Sektion kam auch der Zeitzeuge Poul Nielsen (Odense) zu Wort, der die letzten Wochen seiner Haft im Skandinavierlager verbrachte. Nielsen bezog sich jedoch in erster Linie auf seine Erfahrungen aus Sachsenhausen. Das kompakte Programm der Tagung ließ leider keine genauere Ausführung der Eindrücke Niensens von Neuengamme zu, was aber im Anschluss an Grills Vortrag wünschenswert gewesen wäre.



Ankunft der „Weißen Busse“ in Neuengamme. Aquarellzeichnung von Jens Martin Sørensen – nach seiner Deportation aus dem Lager Frøslev am 20. Oktober 1944 Häftling im KZ Neuengamme und im Außenlager Versen

Dennis Christian Larsen (Frøslevlejrens Museum) schloss die Sektion ab. Er setzte sich mit der umstrittenen dänischen Mittäterschaft auseinander. Allein in Neuengamme gab es, so Larsen, mindestens 30 dänische SS-Angehörige. Das waren etwa ein Drittel aller Dänen, die im deutschen KZ-Dienst eingesetzt waren. Ein großer Teil von ihnen war auch an schweren Verbrechen beteiligt. Karrierebeispiele und Motive der Täter sowie Neuengammes geografische Nähe zu Dänemark als Begründung seiner Bedeutung als Dienststelle dänischer SS-Angehöriger wurden diskutiert. Larsen konzentrierte sich auf dänische Täter, wies jedoch auch auf die norwegische Mittäterschaft hin.

### **Zeitzeugenberichte ehemaliger Häftlinge**

Die von Michael Grill moderierte dritte Sektion konzentrierte sich auf Zeitzeugenberichte ehemaliger Häftlinge. Eingeladen waren Mogens Henrik Nielsen (Roskilde) und Bernt Lund (Oslo). Nielsen, der sich heute ehrenamtlich in einem

Pflegeheim für ehemalige Widerstandskämpfer und KZ-Häftlinge engagiert, gab eine bewegende Darstellung von seiner fünfmonatigen Konzentrationslagerhaft. Er konzentrierte sich auf die Einweisung, den Lageralltag und seine Zeit im sog. Schonungsblock, bevor er am 9. April 1945 als einer der ersten mit den Weißen Bussen evakuiert wurde („Aktion Bernadotte“). Die Weißen Busse und den folgenden Aufenthalt in Schweden würdigte Nielsen besonders. Der Zeitzeugenbericht des ehemaligen norwegischen Häftlings und späteren Diplomaten Bernt Lund war als Gespräch mit Claudia Lenz (European Wergeland Centre for Intercultural Understanding, Oslo) gestaltet. Lunds Haftzeit war in vieler Hinsicht mit Poul Niensens Erlebnissen vergleichbar. Beide hatten die meiste Zeit ihres Lageraufenthalts in Sachsenhausen verbracht und kamen erst im Frühjahr 1945 nach Neuengamme. Lund knüpfte an Grills Vortrag an und sprach von seinem schlechten Gewissen, weil er miterlebte, wie für die skandinavischen Häftlinge der Schonungsblock in Neuengamme von nicht-skandinavischen Häftlingen geräumt wurde. Lund ahnte damals, dass diese von den Weißen Bussen nicht evakuiert wurden, sondern in andere Konzentrationslager überführt werden sollten.

## **Die Rettung der skandinavischen Häftlinge**

Die in den Zeitzeugenberichten dargestellten Erfahrungen bildeten inhaltlich den Übergang zur letzten Sektion über die Rettung der skandinavischen Häftlinge. Moderiert wurde diese etwas längere Sektion von Ulrike Jensen (KZ-Gedenkstätte Neuengamme) und Andreas Körber (Universität Hamburg). Die Bedeutung der Aktion Weiße Busse und der Person Folke Bernadotte in den Narrativen Deutschlands und der skandinavischen Länder prägte die Sektion. Die Aktion Weiße Busse, auch „Aktion Bernadotte“ nach dem damaligen Vizepräsidenten des schwedischen Roten Kreuzes Graf Folke Bernadotte benannt, war eine von dänischen, norwegischen und schwedischen Behörden und Diplomaten initiierte Rettungsaktion, die zum Ziel hatte, skandinavische KZ-Häftlinge während der letzten Kriegsmonate aus deutscher Gefangenschaft zu befreien. Bernadotte wurde während der Aktion unter anderem durch seine Verhandlungen mit Heinrich Himmler und seiner Präsenz bei der Einrichtung des Neuengammer Skandinavierlagers zur Personifizierung der Rettungsaktion, die seiner Schirmherrschaft unterstand.

Izabella A. Dahl (Humboldt-Universität zu Berlin) verdeutlichte, dass es in Deutschland nicht eine Überlieferung der Ereignisse, sondern schon früh mehrere Narrative gab, die in erster Linie durch die Gedenkstätten und die verschiedenen politischen Diskurse in den beiden deutschen Staaten geformt wurden. In der DDR war die Aktion Weiße Busse ein Nebensatz in der antifaschistischen Gedenkkultur, da die Rote Armee offiziell als Befreier galt. In der Bundesrepublik

dominierten vor allem antitotalitäre Deutungsmuster, so dass die Aktion als klares Symbol des Zusammenbruchs des nationalsozialistischen Lagersystems einen Platz in den westdeutschen Narrativen fand.

Paul A. Levine verdeutlichte in seinem zweiten Vortrag vor allem die Bedeutung der Aktion in einem schwedischen historiografischen und pädagogischen Kontext. Überraschend war, dass Bernadotte und die Aktion Weiße Busse in Schweden zwar bekannte Begriffe sind, viele Schweden jedoch nicht den historischen Kontext kennen. Dieses begründete Levine damit, dass der Holocaust von schwedischen Historikern jahrelang ignoriert wurde.

Claudia Lenz verdeutlichte, dass die Narrative in Norwegen umstrittener sind als in Schweden, was sich auf die Besetzung des Landes zurückführen lasse. In der unmittelbaren Nachkriegszeit herrschte, so Lenz, ein Narrativ vor, das Bernadotte als Held, Einzelkämpfer und Hauptverantwortlichen für die Rettung der skandinavischen Häftlinge darstellte. Es etablierte sich jedoch später ein Narrativ, in dem Norweger als Helfer der Rettungsaktion identifiziert wurden. Lenz verband diese Deutung mit Wanda Heger, einer zentralen norwegischen Akteurin im Widerstand. Lenz unterstrich jedoch, dass die Schattenseiten der Weiße-Busse-Aktion als sogenanntes Dilemma-Narrativ in Norwegen eine wichtige Rolle spielten. Moralisch uneindeutige Aspekte der Rettungsaktion wurden besonders in den vergangenen zehn Jahren ein Bestandteil der Diskussion und vervollständigten damit die norwegischen Narrative.

Henrik Sommerlund (Kolding) erläuterte, dass sich die dänischen Narrative ähnlich entwickelten. Bernadotte dominierte zuerst auch hier die Überlieferung, inzwischen habe sich der Fokus jedoch besonders in der Geschichtswissenschaft auf eine Klärung der Beteiligung des dänischen Sozialministeriums an der Aktion verlagert. Die Aktion Weiße Busse werde damit als Kulmination dänischer Hilfsprojekte gesehen. Sommerlund präsentierte in groben Zügen die dänischen geschichtswissenschaftlichen Narrative, wies jedoch auf die fehlende Aufarbeitung der Geschichte der dänischen Rot-Kreuz-Helfer hin.

Jörg Wollenberg (Universität Bremen) erlebte als Kind das Kriegsende in Ostholstein und präsentierte eine mikrohistorische Perspektive zur Kleinstadt Ahrensböck in der Zeit unmittelbar vor dem Kriegsende. Vor Ort dominierten die Evakuierung des Auschwitzer Außenlagers Fürstengrube nach Ahrensböck, die Ereignisse in der Lübecker Bucht sowie neben den Verhandlungen zwischen Himmler und Bernadotte die Ereignisse der letzten Kriegstage.

Der Schwede Axel Molin (Norrköping) schloss die Sektion mit einem beeindruckenden Zeitzeugenbericht aus Sicht eines Helfers der Aktion Weiße Busse ab. Molin gab in seiner Erzählung detaillierte Einsichten in den Ablauf der Vorbereitungen für die Aktion in Schweden und sprach über seine Erlebnisse während der Evakuierungsfahrten. Die Person Bernadottes und die Rolle Schwedens

während der Vorbereitungen für die Aktion wurden stark hervorgehoben. Molin gab jedoch einen wichtigen Einblick in die Rolle der schwedischen Helfer und ergänzte so Henrik Sommerlunds Vortrag aus dänischer Sicht.

## Zusammenfassung

Die verschiedenen Beiträge der Tagung verdeutlichten die unterschiedlichen geografischen, politischen und strategischen Voraussetzungen in Skandinavien während der Zeit des Nationalsozialismus. Die skandinavischen Staaten kämpften auf verschiedene Weise um ihr Überleben. Finnland verbündete sich mit dem Dritten Reich gegen die Sowjetunion, Schweden glückte eine Neutralität durch aktive Zusammenarbeit und geschickte Diplomatie, Dänemark und Norwegen wurden besetzt, versuchten jedoch durch aktiven Widerstand, Zusammenarbeit oder direkte Kollaboration den Krieg zu überstehen. Die Tagung zeigte Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den beiden besetzten Ländern und nuancierte die verschiedenen historiografischen Rezeptionen. In Bezug auf die Evakuierung skandinavischer Häftlinge aus nationalsozialistischen Konzentrationslagern durch die Weißen Busse wurden durch die Tagung auch verschiedene Entwicklungen in den einzelnen nationalen Narrativen verdeutlicht. Als gemeinsame Tendenz kann hier der Übergang von einer Glorifizierung Bernadottes zu einer nuancierten Betrachtung der Aktion Weiße Busse gesehen werden, die auch eine Diskussion der negativen Konsequenzen der Rettungsaktion zulässt. Abschließend kann festgehalten werden, dass Themen wie Kollaboration, Mittäterschaft und Widerstand bei der Tagung leider nur eine periphere Rolle spielten, trotzdem aber wichtige Erkenntnisse durch die Vorträge und Debatten gewonnen wurden.

## Hinweise

- 1 Bei dem vorliegenden Beitrag handelt es sich um die überarbeitete und illustrierte Fassung des Tagungsberichts „Skandinavien in der Zeit des Nationalsozialismus und die ‚Aktion Bernadotte‘. Ereignisse und Erinnerung.“ 1.5.2010-2.5.2010, Neuengamme, in: H-Soz-u-Kult, 26.7.2010, <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsbericht/id=3218>>.
- 2 Henrik Skov Kristensen, Eine Station auf dem Weg in die Hölle. Harrislee-Bahnhof und die Deportation dänischer Gefangener aus Frøslev in deutsche Konzentrationslager. Mit einem Beitrag v. Anke Spoorendonk (zweispr. deutsch-dänisch), hrsg. v. d. Arbeitsgruppe „Harrislee-Bahnhof“, Frøslevlejrens Museum, ADS-Grenzfriedensbund u. Historisk Samfund for Sønderjylland, 2. Aufl., Aabenraa u. Flensburg 2010.

# Sklavenarbeit für den „Endkampf“

Die „Grenzstellung“ 1944/45 und das KZ Ladelund

von JÖRN-PETER LEPPHEN

*Mit dem vorliegenden Beitrag setzt der Landeshistoriker Dr. Jörn-Peter Lepphen die Reihe seiner Veröffentlichungen zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des KZ Ladelund (Nordfriesland) fort. Der wissenschaftliche Leiter der Dauerausstellung „Konzentrationslager Ladelund 1944“ bietet die historische Basis für ein spannendes Kunst- und Archäologieprojekt, in dessen Mittelpunkt der von den KZ-Häftlingen 1944 entlang der deutsch-dänischen Grenze in Sklavenarbeit ausgehobene Panzerabwehrgraben steht. Der Beitrag beleuchtet exemplarisch den ebenso unsinnigen wie menschenverachtenden Versuch des NS-Systems, seinen längst besiegelten eigenen Untergang mit allen Mitteln aufzuhalten.*

*Die Redaktion*

## 1. Einführung

Im November/Dezember 1944 bestand in dem ca. 30 km westlich von Flensburg gelegenen Dorf Ladelund (Nordfriesland) ein Außenkommando des KZ-Hauptlagers Neuengamme. Es diente dem Zweck, die Arbeitskraft der ca. 2.000 Häftlinge für den Bau eines Panzerabwehrgrabens entlang der deutsch-dänischen Grenze auszubeuten. Diese „Grenzstellung“ sollte im Rahmen des „Endkampfes“ mit anderen Verteidigungsanlagen nach einer Invasion alliierter Truppen in Jütland deren Vordringen nach Süden verhindern.

In nur sechs Wochen wurden in Ladelund 300 Gefangene aus 13 Nationen um ihr Leben gebracht. Ihre Gräber sind Kern einer seit 1950 bestehenden Gedenkstätte und einer seitdem gewachsenen christlich motivierten „Versöhnung über den Gräbern“, insbesondere mit dem niederländischen Ort Putten, aus dem 110 der Ladelunder KZ-Opfer stammen.

Die persönliche, auf leidvollem Erleben beruhende Begegnung zwischen Angehörigen der Opfer- und der Tätergeneration wird seit 1990 durch ein Dokumentenhaus mit der Dauerausstellung „Konzentrationslager Ladelund 1944“ und mit Räumlichkeiten für die pädagogische Arbeit der Gedenk- und Begegnungsstätte in Trägerschaft der Kirchengemeinde St. Petri ergänzt.

Die Vermittlungsarbeit in Ladelund kann sich den didaktischen Vorteil zunutze machen, dass sie am „authentischen Ort“ stattfindet. Das heißt, das Dokumentenhaus befindet sich in Sichtweite der Gräber der KZ-Opfer, der ehemalige KZ-

Lagerplatz ist in seinen Umrissen noch erkennbar und einzelne Überreste des ehemaligen Panzerabwehrgrabens sind noch auszumachen.

Konkrete Pläne der Kirchengemeinde, einen Teilabschnitt des Panzerabwehrgrabens am Weg von der Gedenkstätte zum ehemaligen Lagerplatz mit Unterstützung des Archäologischen Landesamtes Schleswig-Holstein als Anschauung für die Besucher freizulegen, ließen sich über Jahre aus verschiedenen Gründen nicht verwirklichen. 2009 griff die „Kommission Kunst im öffentlichen Raum“ des Landes Schleswig-Holstein unter ihrem Vorsitzenden Dr. Klaus Alberts das Vorhaben, nun auch im Einvernehmen mit der politischen Gemeinde Ladelund, auf und erweiterte das Projekt: Der historisch-archäologische Informationsgehalt des freigelegten Panzerabwehrgrabens sollte durch ein Kunstwerk in seiner Aussagekraft verstärkt werden und womöglich eine weitere Dimension erhalten.

Nach einer Ausschreibung und Gesprächen mit Künstlern vor Ort haben sich die Beteiligten inzwischen darauf verständigt, dass das große Projekt in zwei Abschnitten verwirklicht wird: Am Volkstrauertag 2010 wird eine von dem bekannten Kölner Bildhauer Prof. Ansgar Nierhoff gestaltete 7,50 Meter hohe, geschmiedete, eiserne Stele auf einem von der Kirchengemeinde Ladelund erworbenen Grundstück unmittelbar am ehemaligen Panzerabwehrgraben der Öffentlichkeit übergeben. Die tonnenschwere „Landmarke“ (A. Nierhoff) wird am Weg von der Gedenkstätte zum ehemaligen Lagerplatz errichtet, verbindet also als weithin sichtbares Mahnmal die markantesten Punkte der Ladelunder Gedenkstättenarbeit. – Mit diesem künstlerisch orientierten Projektabschnitt verbindet sich die besondere Tragik, dass Ansgar Nierhoff wenige Wochen, nachdem sich die Jury für seinen Entwurf entschieden hatte, verstarb. Sein für Ladelund konzipiertes Werk, das ihn nach eigener Aussage wie kaum eine andere Arbeit umgetrieben hat, stellt also eine Art künstlerisches Vermächtnis des bedeutenden Bildhauers dar.

Der zweite Abschnitt des Gesamtprojekts soll bis zum Volkstrauertag 2011 verwirklicht sein: Im Frühjahr 2011 wird das Archäologische Landesamt Schleswig-Holstein unter der fachkundigen Leitung von Dr. Willi Kramer den ehemaligen Panzerabwehrgraben auf dem von der Kirchengemeinde erworbenen Grundstück nahe der Stele freilegen und prüfen, ob sich das Ziel einer dauerhaften Öffnung technisch verwirklichen lässt oder ob lediglich ein Profilabdruck genommen und den Besuchern präsentiert werden kann. Teil des zweiten Projektabschnitts ist auch eine Publikation, die die Besucher über das Kunstwerk von Ansgar Nierhoff, den archäologischen Befund und deren historischen Bezug informiert.

Was die historisch-wissenschaftliche Seite des Gesamtprojekts betrifft, so hat Ansgar Nierhoff bei der Präsentation seines Entwurfs ausdrücklich darauf hingewiesen – und alle Beteiligten sind mit ihm einig –, dass sein Kunstwerk in sei-



Abb. 1 Blick in die Ausstellung „Konzentrationslager Ladelund 1944“, 2006

ner höchst anspruchsvollen Aussagekraft nur in Verbindung mit der historischen Dokumentation in der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte erschlossen werden kann. Ebenso werden Besucher mit einem archäologisch freigelegten Teilabschnitt des Panzerabwehrgrabens oder einem Profildruck ohne zusätzliche historische Informationen nur wenig anzufangen wissen.

Die wissenschaftliche Dauerausstellung „Konzentrationslager Ladelund 1944“ und der dazugehörige Katalog halten solche Informationen in der Tat bereit, so dass auch die vorliegende Studie darauf zurückgreifen kann. Gerade hinsichtlich des Panzerabwehrgrabens, der durch das aktuelle Projekt in den Fokus des Interesses tritt, sind über die naturgemäß knappe Ausstellung hinaus aber weitere Informationen wenn nicht erforderlich, so doch wünschenswert. Diese sollen im Folgenden auf der Basis weiterer Recherchen und neu erschlossener Quellen bereitgestellt werden. Dabei werden militärhistorische Gegebenheiten insoweit aufgegriffen, als sie die Errichtung eines Konzentrationslagers in Ladelund und die Sklavenarbeit der Häftlinge an der „Grenzstellung“ in der Schlussphase des Zweiten Weltkrieges erhellen.

Die Grenzfriedenshefte fördern durch diese Veröffentlichung einmal mehr die historisch-wissenschaftliche und pädagogische Arbeit der Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund mit ihrer internationalen Bedeutung.

## 2. Der „Endkampf“

Der im Titel dieses Beitrags zitierte Begriff „Endkampf“ versprach in der nationalsozialistischen Propaganda 1944/45 nicht nur ein baldiges Ende des Zweiten Weltkrieges und der damit verbundenen Belastungen, er suggerierte auch in sprachlicher Nähe zum NS-Begriff „Endsieg“, dass der Krieg bei Mobilisierung aller Kräfte noch gewonnen werden könne. Dabei war spätestens seit der deutschen Niederlage bei Stalingrad Ende Januar 1943 die Wende des Krieges bereits vollzogen. Sowjetische Truppen näherten sich von Osten unaufhaltsam der deutschen Grenze. Im Westen landeten amerikanische und britische Verbände am 6. Juni 1944 mit 6.000 Schiffen und einer Streitmacht von 850.000 Soldaten in der Normandie. Die alliierten Truppen stießen durch Frankreich vor, ohne dass die Wehrmacht ihnen wirksam begegnen konnte.

In dieser Situation verstärkte sich in der militärischen Führung die Angst vor einer Landung der Alliierten auch an der Deutschen Bucht oder an den Westküsten der seit 1940 deutsch besetzten Länder Dänemark und Norwegen. Diese Befürchtungen beruhten lediglich auf Gerüchten, die möglicherweise durch die Alliierten gezielt gestreut wurden, um deutsche Kräfte und Ressourcen im Norden zu binden. Hinweise auf konkrete Landungspläne in diesem Gebiet gibt es jedenfalls nicht.

Gleichwohl drängte der Oberbefehlshaber des Marinekommandos Nordsee drei Tage nach der Landung der Alliierten in der Normandie in einem Bericht auf einen verstärkten Schutz der deutschen Küste. Zur selben Zeit wandte sich der Hamburger Gauleiter Kaufmann als federführender Reichsverteidigungskommissar für den Küstenbereich an den Reichsminister Speer mit der Aufforderung, Verteidigungslinien zum Schutz der Küsten zu errichten. Nach einem Gespräch Speers mit Hitler vom 9. August 1944 wurden die Befestigungspläne konkretisiert. Am 28. August 1944 erging dann der „Führerbefehl“ zum Bau eines „Friesenwalls“ und von „Riegelstellungen“ (Abb. 2). Die militärische Zuständigkeit lag beim Marineoberkommando Nordsee, für den Bau und die Arbeitskräftebeschaffung sollte der Reichsverteidigungskommissar Kaufmann zuständig sein. Die auf dänischem Boden zu errichtenden Befestigungsarbeiten unterlagen dem Kommando des Generals von Hanneken im Zusammenwirken mit dem Reichsbevollmächtigten in Dänemark Dr. Best.

Der „Friesenwall“ sollte von der niederländischen bis zur dänischen Grenze reichen, wobei sich die Verantwortlichen bewusst waren, dass an eine Landung im Wattenmeer allenfalls bei scharfem Frost zu denken war. Da man auch an der niederländischen Küste mit einer alliierten Invasion rechnete, wurde an der deutsch-niederländischen Grenze eine „Ems-Rheinstellung“ geplant.

Als besonders gefährdet betrachteten die Militärs die jütische Westküste mit den

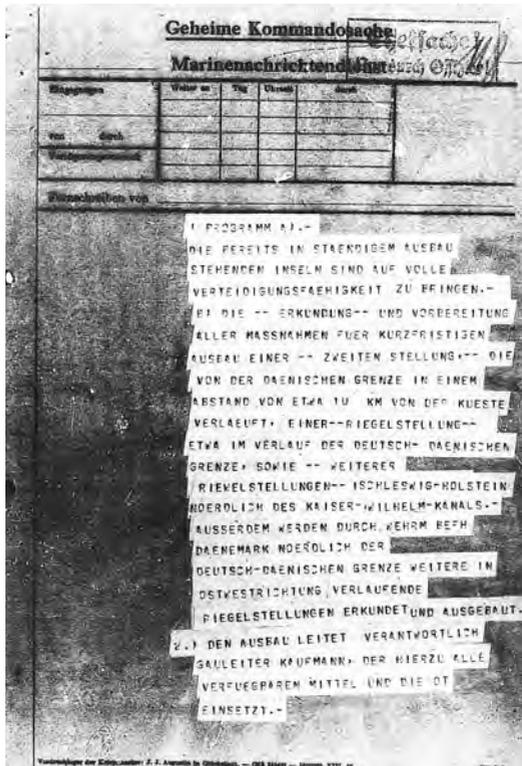


Abb. 2  
 Aus dem telegrafisch  
 übermittelten „Führerbefehl“  
 vom 28. August 1944 über die  
 Errichtung des „Friesenwalls“  
 und der „Riegelstellungen“

vorgelagerten Inseln. Der dortige Teil des „Atlantikwalls“ wurde 1944/45 massiv verstärkt. Um alliierte Verbände nach einer geglückten Invasion an einem Vordringen nach Süden zu hindern, sah der „Führerbefehl“ vom 28. August 1944 insgesamt sechs in West-Ost-Richtung verlaufende „Riegelstellungen“ auf dänischem und schleswig-holsteinischem Gebiet vor, darunter die „Grenzstellung“ entlang der deutsch-dänischen Demarkationslinie (Abb. 3).

Während beim Ausbau des „Atlantikwalls“ oder „Neuen Westwalls“ Beton Verwendung fand, handelte es sich beim „Friesenwall“ und den „Riegelstellungen“ um sog. „Feldbefestigungen“, die ohne Materialaufwand und ohne den Einsatz technischen Geräts allein durch Menschenkraft mit Spaten und Schaufel in den Boden getrieben wurden. Kern der Anlage waren Panzerabwehrgräben, die durch vorgelagerte Infanterie- und Geschützstellungen ergänzt wurden. Wie man sich eine derartige Anlage vorzustellen hat, wird im Kapitel 3 am Beispiel der „Grenzstellung“ genauer dargelegt.

Zumal parallel zu den Befestigungsmaßnahmen im Norden auch das Bunker-system des „Ostwalls“ ausgebaut und durch einen Panzergraben am Oder-Warthe-Bogen ergänzt wurde, waren im Dezember 1944 insgesamt ca. 1,4 Millionen Arbeitskräfte beim Stellungsbau eingesetzt. Die Historiker Fiete Pingel und Thomas Steensen haben festgestellt, dass am „Friesenwall“ im Oktober 1944 allein in Nordfriesland fast 25.000 Arbeitskräfte tätig waren. Es ist klar, dass ein so immenser Bedarf nicht allein durch Angehörige der Wehrmacht oder der militärischen Bauorganisation Todt gedeckt werden konnte. Auch auf dem Arbeitsmarkt im In- und Ausland angeworbene Kräfte und freiwillige Helfer reichten nicht. Daher wurden in großem Maßstab Männer im Alter von 14 bis 60 Jahren notdienstverpflichtet, Behörden und Schulen mussten Schanzarbeiter stellen. Eine besondere Rolle spielte auch der Einsatz der Hitler-Jugend (HJ) und des Bundes Deutscher Mädel (BDM). – In Nordschleswig meldeten sich nach einem massiven Aufruf ihrer nationalsozialistischen Führung auch zahlreiche Männer, Frauen und Jugendliche der deutschen Volksgruppe zum „freiwilligen“ Schanzeinsatz an den dortigen „Riegelstellungen“, gegen ein Entgelt von 10,- Reichsmark pro Tag.

Auf Reichsgebiet kamen in großem Maßstab auch Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge beim Bau des „Friesenwalls“ und der „Riegelstellungen“ zum Einsatz. Fiete Pingel und Thomas Steensen gehen davon aus, dass allein am „Friesenwall“ insgesamt ca. 160.000 Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter tätig waren. Hinzu kamen die KZ-Häftlinge.

Die Häftlinge wurden durch das KZ-Hauptlager Neuengamme gestellt, das zu diesem Zweck eine Reihe von Bauaußenlagern errichtete (Abb. 3). Das erste dieser Außenkommandos entstand am 26. September 1944 in Husum-Schwesing mit zunächst 1.500 Häftlingen, die am „Friesenwall“ Sklavenarbeit leisten mussten. Es folgten im Oktober das Lager Aurich-Engerhufe und am 1./2. November 1944 das Lager Ladelund mit ca. 2.000 Häftlingen zum Bau der „Grenzstellung“. Außerdem gab es ein kleines Bauaußenlager in Wedel sowie die Außenkommandos in Meppen-Versen und Meppen-Dalum zum Bau der Befestigungsanlagen an der deutsch-niederländischen Grenze.

Das KZ Husum-Schwesing wurde am 26. September 1944 zu einem Zeitpunkt in Betrieb genommen, als amerikanische Einheiten bei Aachen bereits die deutsche Grenze überschritten hatten (13. September 1944). Obwohl damit eine Invasion im Norden noch unwahrscheinlicher geworden war als zuvor, wurden die Arbeiten am „Friesenwall“ und den „Riegelstellungen“ gemäß dem „Führerbefehl“ mit Macht vorangetrieben und größtenteils auch abgeschlossen. Für Nordfriesland konnten Pingel und Steensen ermitteln, dass im Festlandsbereich über 200 km Panzerabwehrgräben, 250 km Stellungsräben und mehr als 4.000 Ringstände gebaut wurden.

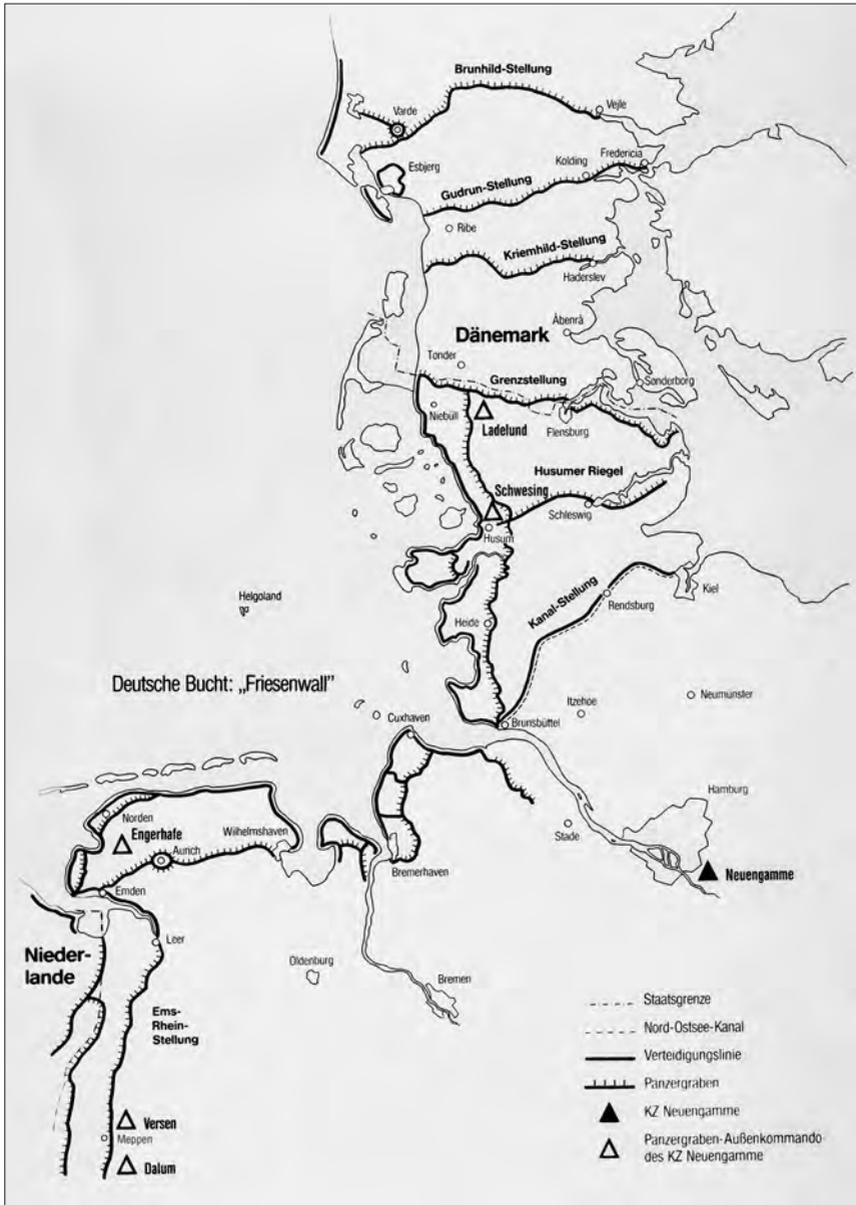


Abb. 3 „Friesenwall“ und „Riegelstellungen“. Übersicht (Entwurf: Klaus Bästlein) über die im Sommer 1944 projektierten Anlagen

Über die Befestigung der Küsten West- und Nordeuropas im Rahmen der nationalsozialistischen Kriegsführung 1940-45 liegen zwei neue, sich teilweise überschneidende Dissertationen vor. Thorsten Heber dokumentiert in seinem zweibändigen Werk „Der Atlantik-Wall 1940-1945“ auf über 1.000 Seiten „Die Befestigung der Küsten West- und Nordeuropas“, während der dänische Historiker Jens Andersen in seinem Buch „Tysk invasionsfors var i Danmark 1940-45“ die deutschen Verteidigungsanstrengungen auf dänischem Boden beschreibt. Beide Arbeiten beschäftigen sich zwar nicht oder nur am Rande mit dem „Friedenswall“ und den „Riegelstellungen“ auf deutschem Reichsgebiet, die Fülle der akribisch ermittelten militärhistorischen Einzelheiten vermittelt aber ein Gesamtbild, das die militärischen Aktivitäten im Norden 1944/45 generell betrifft: Im Norden wurden gewaltige Mengen der ohnehin bereits schwachen personellen wie materiellen Ressourcen gebunden. Die Verteidigungsmaßnahmen waren durch eine Fülle sich widersprechender oder hektisch geänderter Befehle, von Kompetenzstreitigkeiten der Militärs untereinander oder zwischen militärischen und zivilen (Partei-) Dienststellen, von ständig wechselnden, oft schlecht ausgebildeten Soldaten und von Materialmangel gekennzeichnet.

Beide Dissertationen verzichten auf eine ideologiekritische, historisch-politische Analyse, sie gelangen unter rein militärhistorischen Gesichtspunkten aber zu dem Ergebnis, dass die 1944/45 verstärkten Verteidigungsanstrengungen im Norden in einer militärisch aussichtslosen Lage unternommen wurden und zudem zu einer militärisch unverantwortlichen Kräftezersplitterung führten.

Auch wenn die militärische und politische Führung sich dieser Tatsachen bewusst gewesen sein mag, wurden die Befestigungsmaßnahmen im Rahmen des irrationalen „Endkampfes“ fortgeführt und die gegebenen Befehle bis zur untersten Ebene strikt umgesetzt. Dies gilt nicht zuletzt für den „Führerbefehl“ vom 28. August 1944.

### **3. Die „Grenzstellung“**

Die „Grenzstellung“ war sozusagen als letztes Bollwerk gegen ein Vordringen alliierter Invasionsverbände von Norden auf deutsches Reichsgebiet gedacht. Zur Unterbringung der KZ-Häftlinge, die beim Bau dieser „Riegelstellung“ eingesetzt werden sollten, wurde das seit Kriegsbeginn leerstehende Lager des Reichsarbeitsdienstes (RAD) in der Gemeinde Ladelund im Laufe des Oktober 1944 durch die Errichtung eines doppelten Stacheldrahtzaunes und von Wachtürmen zum KZ umfunktioniert. In das für ca. 250 Männer vorgesehene Lager wurden am 1./2. November 1944 ca. 2.000 KZ-Häftlinge aus dem KZ Hauptlager Neuengamme und dem Nebenlager Husum-Schwesing gepfercht. Ihr Auf-

enthalt in Ladelund war von vornherein auf die Dauer der Bauarbeiten (vier bis sechs Wochen) befristet.

Schon lange vorher hatten das Grenzgebiet und das eher unscheinbare Dorf Ladelund in den militärischen Planungen eine Rolle gespielt. Während die „Grenzstellung“ als verzweifelte Abwehrmaßnahme am Kriegsende zu interpretieren ist, diente die 1938/39 in Betonbauweise erstellte sog. Grenzstraße den aggressiven Zielen der zum Krieg entschlossenen NS-Führung. Bereits am 9. April 1940 wurde die parallel zur Grenze zwischen Harrislee und Süderlügum verlaufende Betonstraße von den deutschen Invasionsverbänden beim Überfall auf Dänemark genutzt.

Seit 1941 entfaltete auch die Luftwaffe eine rege Bautätigkeit im Grenzbereich – mit einem Schwerpunkt bei Ladelund, was heute nur noch wenigen bekannt ist. Bei den Planungen spielte die Lage des Dorfes ziemlich in der Mitte der Landbrücke zwischen Nord- und Ostsee und nur ca. 3 km von der deutsch-dänischen Grenze entfernt offenbar eine wesentliche Rolle. Auch der nahegelegene Militärflugplatz in Leck und die Bahnstation in Achtrup, acht Kilometer südlich von Ladelund, waren von Bedeutung.

An der Straße nach Achtrup errichtete die Luftwaffe zwei große Funkmessstationen mit einer Reichweite von 80-100 Kilometern. Die Stationen standen mit einer Funkleitzentrale in Lütjenhorn und diese mit dem Militärflugplatz in Leck in Verbindung. Für die ca. 250 Luftwaffensoldaten, die die Anlagen bedienten, wurden, ebenfalls an der Straße nach Achtrup, vier Wohnbaracken errichtet. Karl August Knudsen, der in Achtrup aufgewachsen ist, berichtet zudem, dass es im Wald beim nahegelegenen Dorf Karlum eine Lagerstätte für V1-Raketen gegeben habe, die laut NS-Propaganda als „Wunderwaffe“ mit Bombenflugzeugen von Leck in Richtung Großbritannien geschickt werden und eine Wende in dem – längst verlorenen – Krieg herbeiführen sollten. Um „feindliche“ Flugzeuge vom Militärflugplatz Leck abzulenken, wurde südwestlich des zur Kirchengemeinde Ladelund gehörenden Dorfes Westre ein sog. Scheinflugplatz mit Flugzeugattrappen eingerichtet.

Unmittelbar nördlich des Dorfes Ladelund errichtete die Luftwaffe ein bunkerartiges, zweistöckiges Gebäude, auf dem sich eine Funkaufklärungsanlage befand (Abb. 12).

Die hier beschäftigten Luftwaffenhelferinnen waren in einer eigenen Baracke bei der Anlage untergebracht. Sie wurden vermutlich auch zur Bedienung der beiden nahegelegenen, auf hohen Holztürmen installierten Peilanlagen der Luftwaffe eingesetzt. Diese ragten in eben jenem Geländebereich in den Himmel, wo 2010 die Stele von Ansgar Nierhoff errichtet wird.

Die Luftwaffenanlagen blieben bis zum Kriegsende in Betrieb. Ob sie im „Endkampf“ 1944/45 noch die ihnen zugedachten Aufgaben erfüllen konnten, muss

angesichts der alliierten Luftüberlegenheit allerdings bezweifelt werden. Jedenfalls waren die Anlagen den Briten durch ihre flächendeckende Luftaufklärung im Grenzgebiet bekannt, ebenso die 1944 gebaute „Grenzstellung“ (Abb. 4). Wenn die Alliierten trotzdem keine Angriffe auf die militärischen Anlagen an der Nordgrenze flogen, so dürfte das darauf zurückzuführen sein, dass sich das Kriegsgeschehen eben nicht im Norden, sondern an der West- und Ostfront vollzog. – Die Ende 1944 gebaute „Grenzstellung“ stand zwar nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit den Anlagen der Luftwaffe, sie zeigt aber, wie grundlegend sich die militärische Situation seit 1940/41 gewandelt hatte.

Als die KZ-Häftlinge Anfang November 1944 die Arbeit an der „Grenzstellung“ aufnahmen, war deren Verlauf gemäß dem „Führerbefehl“ vom 28. August 1944 bereits erkundet. Die „Riegelstellung“ sollte die Landbrücke zwischen Nord- und Ostsee auf der Höhe Flensburgs komplett gegen das Vordringen alliierter Panzerverbände nach Süden sperren (Abb. 3). Die Stellung verlief parallel zur deutsch-dänischen Grenze von Humptrup (westlich von Süderlügum) unmittelbar am KZ Ladelund vorbei (Abb. 4) nach Osten bis zur Flensburger Förde. Bei Sofiedal (nordwestlich von Padborg) wechselte die Stellung auf die dänische Seite der Grenze und führte dort bis zum unwegsamen Krusauer Tunneltal (Kruså Tunneldal), mit einem ergänzenden Teilstück bei Krusågard. Schließlich sollte die „Grenzstellung“, wieder auf deutscher Seite, entlang der Flensburger Förde bis nach Falshöft, ausgebaut werden.

Die Ladelunder KZ-Häftlinge waren für den Bau der Strecke von Ladelund bis Humptrup vorgesehen. Diese Arbeit war bei Auflösung des Konzentrationslagers am 16. Dezember 1944 weitgehend abgeschlossen. Wie die dänischen Experten Leif Petersen und Martin Reimers anhand von britischen Aufklärungsfotos aus dem Jahr 1945 und durch Feldbegehungen herausgefunden haben, war der Bau der „Grenzstellung“ auch zwischen Ladelund und Kruså bis zum Kriegsende abgeschlossen. Unklarheiten bestehen noch hinsichtlich der Strecke an der Flensburger Förde, wo offenbar kein Panzerabwehrgraben, sondern Verteidigungsstellungen zur Abwehr „feindlicher“ Kriegsschiffe gebaut wurden.

Nicht ganz klar ist auch, wer zum Bau der „Grenzstellung“ östlich Ladelunds herangezogen wurde. Leif Petersen vermutet, dass man (wie auch in Nordschleswig) deutsche Arbeitskräfte (sog. „Schippers“) angeworben hat. Der dänische Historiker Henrik Skov Kristensen berichtet zudem von einem Versuch der zuständigen Behörden von Anfang November 1944, auch ca. 700 Gefangene aus dem Internierungslager Frøslev zum Bau der „Grenzstellung“ heranzuziehen. Das Lager Frøslev (bei Padborg unmittelbar nördlich der Grenze) war auf dänische Initiative errichtet worden, um dänische Staatsbürger vor der Deportation in deutsche Konzentrationslager zu schützen. Die dänischen Häftlinge von Frøslev sollten offenbar an einem Teilstück des Panzerabwehrgrabens von Ladelund in



Abb. 4 Ladelund, Konzentrationslager und Panzerabwehrgraben am 27. November 1944. Kommentierter Zusammenschnitt aus einer Bildserie der britischen Luftaufklärung im Bereich der „Grenzstellung“ – mit Hinweis auf das aktuelle Projekt 2010/11

östlicher Richtung zum Einsatz kommen. Ein ehemaliger Frøslevgefangener hat nämlich berichtet, man habe von der Arbeitsstelle den Ort Rens (jenseits des Grenzübergangs bei Ladelund) sehen können. Zu den KZ-Häftlingen habe man keinen Kontakt gehabt.

Über den kurzen Einsatz der Frøslevhäftlinge schreibt Henrik Skov Kristensen: „Angeblich sabotierten die Gefangenen die Arbeit, indem sie Spaten in großer Zahl zerbrachen oder verscharrten, und die dänische Gefangenenleitung (auch im Lager Frøslev hatte man eine Gefangenen selbstverwaltung) lieferte einen schriftlichen Protest bei dem deutschen Lagerkommandanten ein, in dem sie sich darüber beschwerte, dass dänische Staatsbürger im neutralen Dänemark gezwungen wurden, Verteidigungsstellungen in einem Drittland (Deutschland) zu bauen, die sich gegen Mächte wendeten, mit denen Dänemark nicht im Krieg war (die Alliierten). Angeblich wurde der deutsche Lagerkommandant in Frøslev rasend, aber die Arbeit wurde dennoch eingestellt. Die Episode zeigt im Kleinen den Sonderstatus, den Dänemark im deutsch besetzten Europa hatte – ein Sonderstatus, der auf den 9. April 1940 zurückgeführt werden kann, als die dänische Regierung, unter Protest, die deutsche Besetzung des Landes akzeptierte, unter der Bedingung, dass Deutschland als Gegenleistung Dänemarks politische Unabhängigkeit und territoriale Integrität respektierte. Damit war Dänemark, formal gesehen, ein neutrales Land, mit dem Deutschland nicht im Krieg war.“ Diese Episode vom November 1944 zeigt auch den gravierenden Unterschied zwischen dem Internierungslager Frøslev und einem Konzentrationslager, wo Sabotageakte oder Proteste gegen Anordnungen schlimmste Konsequenzen für die Häftlinge nach sich gezogen hätten. Hinzuzufügen bleibt, dass die Deutschen, entgegen den Vereinbarungen, ab dem 15. September 1944 ca. 1.600 Gefangene aus Frøslev in deutsche Konzentrationslager deportierten, wo sie – z.B. in Husum-Schwesing – denselben Leiden ausgesetzt waren wie ihre Kameraden aus anderen Nationen.

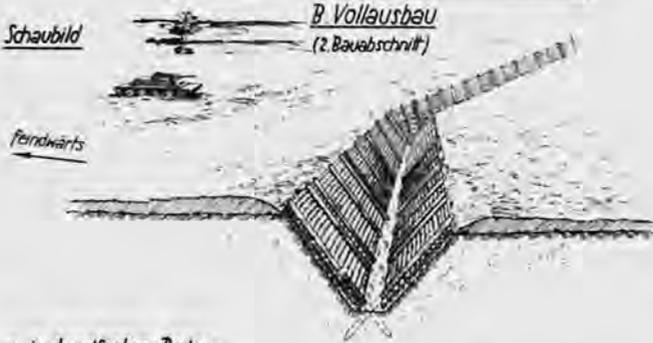
Die „Grenzstellung“ bildete keine gerade Linie, sondern orientierte sich an den Gegebenheiten des Geländes und an „logistischen“ Gesichtspunkten. Wo möglich verlief die Stellung entlang vorhandener Straßen oder Feldwegen. Die Anlage querte nur selten landwirtschaftliche Flächen, sondern nutzte an Feldrändern bereits existierende Gräben. Von Ausnahmen (s. Kap. 5) abgesehen, führte die Stellung in einigem Abstand an Dörfern wie Ladelund und an Einzelgehöften vorbei, was in dem dünn besiedelten Grenzgebiet kein sonderliches Problem darstellte.

Kern des „Friesenwalls“ und der „Riegelstellungen“ waren, wie bereits bemerkt, Panzerabwehrgräben, die alliierte Kettenfahrzeuge an einem Vordringen hindern sollten. Hinzu kam ein vorgelagertes System von Geschütz- und Maschinengewehrstellungen, die durch Laufgräben verbunden waren. Bauplanung und

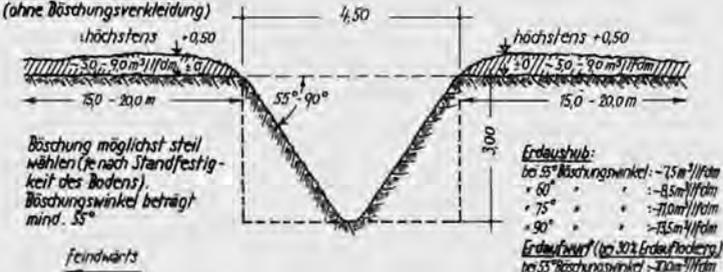
# Panzerabwehr – Spitzgraben

in standfestem u. weniger standfestem Boden

Blatt 718



**a) in standfestem Boden:**  
(ohne Böschungsverkleidung)



**b) in weniger standfestem Boden:**  
(mit Böschungsverkleidung)

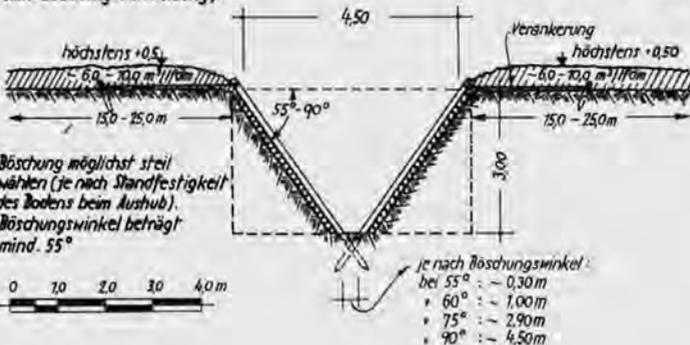


Abb 5 Vorschrift für den Bau eines „Panzerabwehr-Spitzgrabens“ (mit und ohne Böschungsverkleidung) im „Bildheft neuzeitlicher Stellungsbau“, hrsg. v. Oberkommando des Heeres, Juni 1944

Bauleitung nahmen das Militär und die militärische Bauorganisation Todt wahr. Anders als bei den Panzerabwehrgräben in Nordschleswig, die unter die Zuständigkeit des dortigen Befehlshabers General von Hanneken fielen, handelte es sich bei den auf Reichsgebiet gebauten Anlagen um sog. „Spitzgräben“. Beim Bau orientierte man sich an dem vom Oberkommando des Heeres herausgegebenen „Bildheft neuzeitlicher Stellungsbau“ vom 1. Juni 1944 (Abb. 5), das nicht als illustrierter Ratgeber, sondern als militärische Vorschrift zu verstehen ist. Danach hatte ein voll ausgebauter „Panzerabwehr-Spitzgraben“ eine Breite von 4,50 Metern und eine Tiefe von 3,00 Metern. Der Böschungswinkel sollte je nach Bodenbeschaffenheit mindestens 55° betragen. Bei nicht „standfestem“ Boden war eine Böschungsverkleidung mit Holzfaschinen oder Sandsäcken vorgesehen. Solche Holzverstärkungen, deren Konstruktion ebenfalls genau vorgeschrieben war, wurden in Nordschleswig bei Teilabschnitten der „Gudrunstellung“ verwendet. Bei der „Grenzstellung“ verzichtete man darauf, wobei man sich vermutlich darüber im Klaren war, dass die mit hohem Aufwand gegrabene Stellung den Witterungseinflüssen nicht lange standhalten würde.

Beim Bau eines Panzerabwehrgrabens mussten ungeheure Erdmassen bewegt werden. 4.400 m<sup>3</sup> Bodenaushub hat das Oberkommando des Heeres für 1.000 laufende Meter berechnet. Die durchschnittliche Arbeitsleistung „je Mann und Tag“ sollte 2 m<sup>3</sup> betragen. Der Bodenaushub war „aus Tarnungsgründen“ nicht als Wall am Grabenrand aufzuwerfen, sondern musste, höchstens 50 cm hoch, am Rand verteilt werden, um später mit den beim Bau angefallenen Grassoden bedeckt zu werden. Diese Tarnanweisungen sind bei der Grenzstellung offenbar nicht genau beachtet worden, denn auf britischen Aufklärungsfotos von 1944/45 ist der Panzerabwehrgraben für Experten unschwer zu erkennen (Abb. 4).

Klare Vorgaben des Oberkommandos gab es auch für den „Arbeitsgang“: Der Graben sollte, nachdem die Grassoden abgestochen und beiseite geschafft waren, zunächst bis zu einer Tiefe von 1,50 Meter ausgehoben werden, an einer Grabenseite sollte sodann eine „Arbeitsbühne“ stehenbleiben. Auf diesem Absatz konnte der mit dem Spaten ausgegrabene Boden aus der Tiefe des Grabens abgelegt werden, um dann durch andere Arbeitskräfte mit der Schaufel auf den Grabenrand befördert zu werden. Am Ende musste noch die „Arbeitsbühne“ abgetragen werden, um eine durchgängige Schrägung der Grabenwand zu erreichen. – Man kann sich vorstellen, dass beim Bau eines Panzerabwehrgrabens Schwerarbeit verlangt wurde, auch wenn sie unter wesentlich günstigeren äußeren Bedingungen geschah, als sie für die KZ-Häftlinge galten (s. Kap. 4).

Vom Panzerabwehrgraben bei Ladelund liegen uns zwei Schnittzeichnungen vor, die die ehemaligen Häftlinge E. Wellerdieck und Bob Smit aus den Niederlanden 1947/48, also noch aus der relativ frischen Erinnerung heraus, angefertigt

Abb. 6  
 Der Panzerabwehr-  
 graben im Quer-  
 schnitt. Zeichnung des  
 ehemaligen Häftlings  
 E. Wellerdieck aus  
 den Niederlanden,  
 ca. 1948

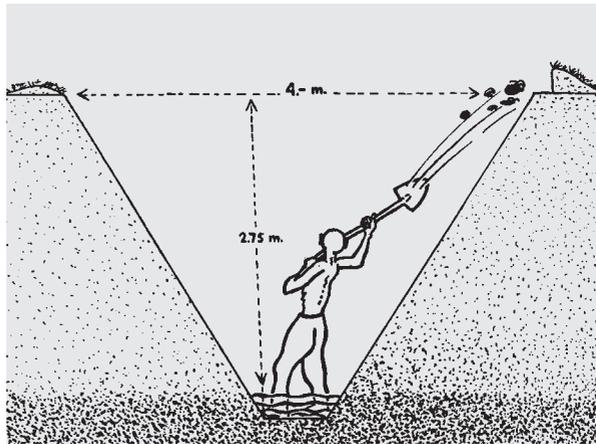
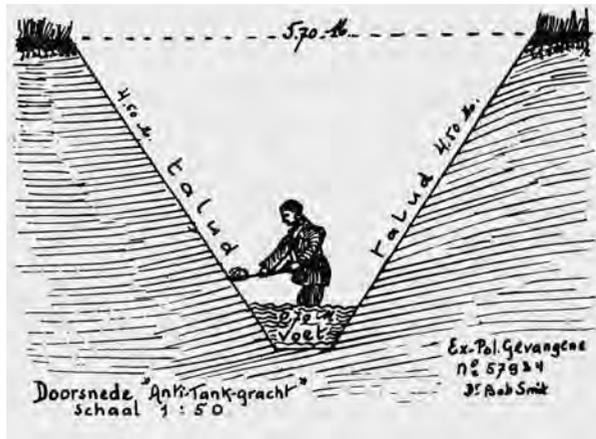


Abb. 7  
 Der Panzerabwehr-  
 graben im Quer-  
 schnitt. Zeichnung des  
 ehemaligen Häftlings  
 Bob Smit aus den  
 Niederlanden, 1947



haben (Abb. 6 u. 7). Diese Zeichnungen sind – wie weitere von Wellerdieck und Smit geschaffene Bilder – von besonderem Quellenwert, weil es aus der Zeit des existierenden KZ Ladelund sonst keinerlei Abbildungen gibt. Hohen Respekt gebietet es, dass die beiden ehemaligen Häftlinge (ohne Künstler zu sein) zum Zeichenstift gegriffen haben, um ihr Erleben zu verarbeiten und um Informationen an Zeitgenossen und die Nachwelt weiterzugeben. Im Falle von Bob Smit sind die Zeichnungen als Illustration seines schriftlichen Berichts über das KZ Ladelund gedacht (s. Kap. 4).

Beide Schnittzeichnungen bestätigen die obige Feststellung, dass im Rahmen der „Grenzstellung“ ein „Spitzgraben“ gebaut wurde. Die von Wellerdieck und

Smit angegebenen Maße weichen allerdings z.T. stark von denen im „Bildheft neuzeitlicher Stellungsbau“ ab und unterscheiden sich auch untereinander erheblich: Die Breite des Grabens beträgt bei Smit 5,70 m, bei Wellerdieck 4,00 m. Die Tiefe gibt Wellerdieck mit 2,75 m an, während Smit in seinem schriftlichen Bericht von 3,70 m spricht.

Gerade bei Smit ist das erstaunlich, denn seine anderen Ladelund-Zeichnungen zeigen seinen Sinn für Zahlen und architektonische Gegebenheiten. Darauf weist auch die Kunsthistorikerin Maïke Bruhns hin, die die Ladelund-Zeichnungen von Bob Smit – und dessen schillernde Persönlichkeit – in ihrem Buch über die „Bildzeugnisse von Häftlingen des KZ Neuengamme“ 2007 behandelt hat. Smits wenig genaue Erinnerung an den Panzerabwehrgraben hat möglicherweise damit zu tun, dass er zwar nach eigenen Angaben einige Tage als Vorarbeiter im Baueinsatz war (vermutlich in Husum-Schwesing), danach aber als Funktionshäftling innerhalb der Lager Schwesing und Ladelund (ab 1./2. November 1944) eingesetzt war, so dass sich seine optische Erinnerung darauf fixierte.

Sowohl Wellerdieck als auch Smit ging es bei ihren im Stil technischer Zeichnungen gehaltenen Darstellungen vor allem darum, dem Betrachter die gewaltigen Dimensionen des Panzerabwehrgrabens vor Augen zu führen. Mit den abgebildeten menschlichen Figuren sollte dieser Eindruck vermutlich verstärkt, nicht aber der Arbeitsablauf genauer beschrieben werden.

Insgesamt bestätigen die beiden Schnitzzeichnungen die Erfahrung der Historiker, dass auch bildliche Darstellungen von Überlebenden, ebenso wie ihre schriftlichen und mündlichen Berichte, der historisch-kritischen Untersuchung bedürfen – selbst dann, wenn sie relativ zeitnah entstanden sind und noch nicht so stark wie spätere Überlieferungen von Fremdbildern überlagert wurden. – Diese Feststellungen betreffen im Übrigen auch die stark voneinander abweichenden Zeichnungen des Lagers Ladelund von Wellerdieck und Smit, die in der Dauer Ausstellung der Gedenk- und Begegnungsstätte zusammen mit einem auf breiter Quellenbasis 1990 entstandenen Lagermodell zu sehen sind.

Es wurde bereits erwähnt, dass der Panzerabwehrgraben durch vorgelagerte Stellungen ergänzt wurde. Dr. Willi Kramer vom Archäologischen Landesamt Schleswig-Holstein hat als Luftbildexperte jüngst darauf aufmerksam gemacht, dass auf uns vorliegenden britischen Aufklärungsfotos vom 27. November 1944 – aus der Zeit also, als die „Grenzstellung“ noch im Bau war – eine im Entstehen begriffene Flakstellung samt Zuwegung zu erkennen sei, die sich auf einem Luftbild vom April 1945 als fertig ausgebaut darstelle. Diese Flakstellung befand sich etwa 100 Meter nördlich der Stelle am Panzerabwehrgraben, an der 2010/11 die Stele errichtet und archäologische Grabungen vorgenommen werden sollen (Abb. 4). Von Flakstellungen, die im Zusammenhang mit dem Panzerabwehrgraben errichtet wurden, war uns bislang nichts bekannt. Ob die Flugabwehrkanonen

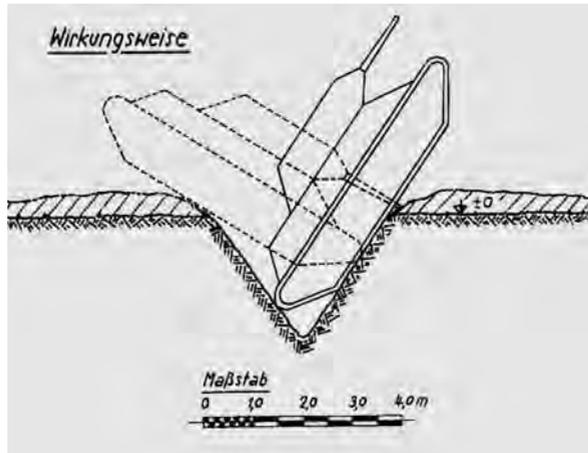


Abb 8  
„Wirkungsweise“ eines  
Panzerabwehrgrabens  
nach Darstellung des  
Oberkommandos  
des Heeres, 1944

im Falle eines Vordringens alliierter Invasionskräfte eine massive Luftunterstützung wirksam hätten verhindern können, erscheint zweifelhaft. Sie boten, wie wir wissen, auch keinen Schutz gegen die britische Luftaufklärung.

Auch der Panzerabwehrgraben selbst bot keinen so wirksamen Schutz gegen ein Vordringen alliierter Panzer wie ihn das „Bildheft neuzeitlicher Stellungsbau“ in kindlich-naiver Weise verspricht (Abb. 8) – so als würden gut ausgebildete und von Pioniereinheiten begleitete Panzerverbände gleichsam blind in die Grabenfalltür tapen, anstatt vorbereitende Maßnahmen (wie den Bau von Behelfsbrücken) zur Überwindung des Hindernisses zu treffen. Invasionsverbände hätten sich im Übrigen auch auf den vorhandenen Straßen und Wegen in Nord-Süd-Richtung bewegen können, denn die meist in Holzbauweise errichteten Straßensperren stellten kein ernsthaftes Hindernis dar. – Beim Vordringen der Roten Armee im Osten zeigte sich denn auch, dass der im Oder-Warthebogen gebaute Panzerabwehrgraben den Vormarsch nicht aufhalten konnte.

#### 4. Die Sklavenarbeit

Die meist ausländischen KZ-Häftlinge befanden sich in der tragischen Situation, dass sie gezwungen wurden, durch ihre Arbeitskraft zur Verlängerung eines deutscherseits herbeigeführten Krieges beizutragen, dessen Ende sie sehnlichst herbeiwünschten. Beim Bau unsinniger militärischer Anlagen im Rahmen des „Endkampfes“ verloren allein in Ladelund 300 Menschen ihr Leben, ungezählte starben später an den Folgen ihrer KZ-Haft oder trugen nachhaltige körperliche und seelische Schäden davon.

Die extrem hohe Sterblichkeitsrate in den von den Häftlingen so bezeichneten „Todeslagern“ Husum-Schwesing und Ladelund ist hauptsächlich, wenngleich nicht allein, auf die unmenschlichen Arbeitsbedingungen zurückzuführen, die den Gefangenen beim Bau der Panzerabwehrgräben zugemutet wurden. In diesem Zusammenhang ist, auch auf Ladelund bezogen, oft von „Vernichtung durch Arbeit“ die Rede. Diese Charakterisierung ist jedoch höchst missverständlich. In der Ausstellung „Konzentrationslager Ladelund 1944“ wird daher der Begriff „Sklavenarbeit“ oder „Zwangsarbeit“ (unter KZ-Bedingungen) benutzt. Für die Anwendung des Begriffs „Sklavenarbeit“ plädiert, mit ausführlicher Begründung, auch Marc Buggeln in seiner 2009 erschienenen Dissertation über die Außenlager des KZ Neuengamme. Die Bezeichnung „Vernichtung durch Arbeit“ legt nämlich die falsche Vorstellung nahe, dass das Ziel des Arbeitseinsatzes der Häftlinge deren physische Vernichtung gewesen sei, ähnlich der systematischen Tötung der Juden aus rassistischen Gründen in den sog. Vernichtungslagern. Tatsächlich aber stand in Neuengamme und seinen Bauaußenlagern die rigoreuse Ausbeutung der Arbeitskraft der Häftlinge im Vordergrund des SS-Interesses. Diese Ausbeutung ist Sklavenarbeit vergleichbar, weil sie bei völliger Rechtlosigkeit der Häftlinge und, vor allem in den Bauaußenlagern, unter unmenschlichen Arbeitsbedingungen stattfand.

Die extrem hohe Sterblichkeitsrate in den Außenlagern Husum-Schwesing und Ladelund, die beide dem SS-Untersturmführer Hans Griem unterstanden, führte im Dezember 1944 zu einer Inspektion unter der Leitung des Kommandanten des KZ Neuengamme Max Pauly – nicht etwa aus humanitären Gründen, sondern weil Pauly und das für Neuengamme zuständige SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt die Arbeitskraft der Häftlinge als zunehmend „kriegswichtig“ einstufen. Die Haftbedingungen haben sich nach der Inspektion leicht verbessert, die Sterblichkeitsrate aber blieb unverändert hoch.

Dies ist letztlich darauf zurückzuführen, dass Ideologie und Herrschaftspraxis des Nationalsozialismus die allgemeinen Menschenrechte grundsätzlich missachteten. Der rechtsfreie Raum eines Konzentrationslagers ließ, gerade in Außenkommandos wie Ladelund, der Brutalität und den sadistischen Machtgelüsten mancher Wächter freien Lauf. In Ladelund galt dies an erster Stelle für den Kommandanten Hans Griem, einen brutalen Sadisten und Mörder. Und es galt für die von ihm nicht zufällig ausgewählten deutschen Kapos (Kameradschaftspolizisten) Wilhelm Schneider, Wilhelm Demmer und Martin Tenz, kriminelle Häftlinge mit langen Vorstrafenregistern, die als Arbeitseinsatzkapos die Häftlinge mit Gummiknüppeln oder Stöcken unbarmherzig zur Arbeit antrieben und auch vor direktem Mord nicht zurückschrecken. Zur Bewachung der Häftlinge im Lager und bei der Arbeit waren 200 meist ältere Marineartilleristen nach Ladelund abkommandiert. Einige litten unter ihrer Aufgabe, die meisten taten ihre „Pflicht“

im Sinne der SS und waren auch bereit, auf Häftlinge zu schießen, wenn sie sich Anordnungen nicht fügten.

Seine Eindrücke von der Sklavenarbeit der Häftlinge hat der Ladelunder Pastor Johannes Meyer später in der Kirchenchronik drastisch zusammengefasst: „Wenn am Morgen die Sträflinge nach qualvoller Nacht ... zur Arbeit antreten sollten, waren einige derart erschöpft und krank, dass ihnen dies unmöglich war. Dann wurden diese armen Menschen so lange geprügelt, bis sie draußen im Glied standen. Die Kameraden schleppten diese armen Menschen zur Arbeitsstätte. Hier prügelte der Kapo so lange, bis der entkräftete Mann den Spaten ergriff und mit der Arbeit begann. Bald konnte er nicht mehr, dann schlug der Kapo wieder auf ihn ein. Dies wiederholte sich so lange, bis der Kapo einsah, dass der Sträfling einfach nicht mehr konnte. Er wurde zur Seite geschleppt und starb. Am Abend wurde der Tote von den Kameraden ins Lager getragen.“

Auch seine erste Begegnung mit dem „traurigen Zug der 2.000, die von der Arbeit kamen“ kurz nach der Einrichtung des Konzentrationslagers Anfang November 1944 hat Johannes Meyer in der Chronik geschildert: „Ich ging neben dem Zug, der ungefähr alle 50 Meter von einem Soldaten der M[arine] A[rtillerie] flankiert war, und sah die Leute. ... Aus den Augen sprach Verzweiflung und noch einmal Verzweiflung. Ich fragte einen großen, hageren Mann mit Brille, woher sie kämen und was sie verbrochen hätten. Sofort aber war ein Soldat bei mir und verbot mir jede Unterredung. Als ich noch einmal versuchte, mit dem Sträfling zu sprechen, blieb der Posten bei mir und beobachtete mich. Die Sträflinge mögen an meinem Blick erkannt haben, dass ich Mitleid mit ihnen hatte, und sahen sich darum immer wieder um nach mir. Am Wege lag eine Steckrübe, die wohl beim Einfahren verloren gegangen war, ein Sträfling sprang aus der Reihe und hob sie auf. Sofort war [da] ein anderer Sträfling (wie ich später erfuhr, ein Kapo) und schlug mit einem Stock auf ihn ein. Er prügelte solange, bis der Sträfling wieder im Glied war und die Rübe fallengelassen hatte ... Nun ließ ich die 2.000 an mir vorübergehen. Sie gingen nicht, sie wankten. Sehr viele waren derart erschöpft, dass sie nicht mehr imstande waren, allein zu gehen. Sie hatten sich untergehakt und so stützte einer den andern. So schlich dieser Zug der Elenden dem Lager zu.“

Die Arbeit der Häftlinge am Panzerabwehrgraben bei Ladelund hat der Niederländer E. Wellerdieck, von dem auch die oben wiedergegebene Schnittzeichnung des Grabens (Abb. 6) stammt, bildlich festgehalten (Abb. 9). Die Zeichnung zeigt einen kaum „angeschnittenen“ Panzerabwehrgraben, als Bewacher der arbeitenden Häftlinge sind ein Kapo mit erhobenem Gummiknüppel (links) und bewaffnete Soldaten zu sehen. Die wenigen SS-Leute im KZ Ladelund beteiligten sich zwar nicht selbst am Wachdienst, mit dem übergroßen SS-Mann im Vordergrund des Bildes wollte Wellerdieck aber möglicherweise darauf hindeuten, dass



Abb 9 Arbeit unter Bewachung am Panzerabwehrgraben bei Ladelund. Zeichnung (Ausschnitt) von E. Wellerdieck, ca. 1948

die Sklavenarbeit der Häftlinge unter der Verantwortung der SS stand. Das Bild wirkt, vielleicht gerade wegen seiner starken Reduzierung, bedrückend auf den Betrachter. Es ist schon wegen seiner Einmaligkeit eine sehr wertvolle Quelle zur Geschichte des KZ Ladelund. Eine weitere, mittlerweile oft wiedergegebene Zeichnung des dänischen Überlebenden Hans P. Sørensen von 1946 (Abb. 10) bezieht sich zwar auf Oortkaten bei Hamburg, zeigt aber noch intensiver als das Bild Wellerdiecks die Sklavenarbeit, wie sie die Häftlinge auch beim Bau der „Grenzstellung“ zu leisten hatten.

Ein für die Geschichte des KZ Ladelund wichtiger Zeitzeugenbericht aus Häftlingsperspektive stammt von dem Niederländer Bob Smit, dessen Schnittzeichnung eines Panzerabwehrgrabens oben bereits diskutiert wurde (Kap. 3). Maïke Bruhns hat ermittelt, dass Smits „Rapport over het Concentratie-Werk-kamp Ladelund“ von 1947 im „Nederlands Instituut voor Oorlogsdocumentatie“ noch 1984 greifbar gewesen, inzwischen aber verschollen sei. Nur Smits dazugehörigen Zeichnungen lägen als Reproduktionen noch vor. Der Kunsthistorikerin ist anscheinend nicht bekannt, dass ein ausführlicher, ins Deutsche übersetzter Text von Smit über das KZ Ladelund vom 30.1.1947, samt Zeichnungen, in

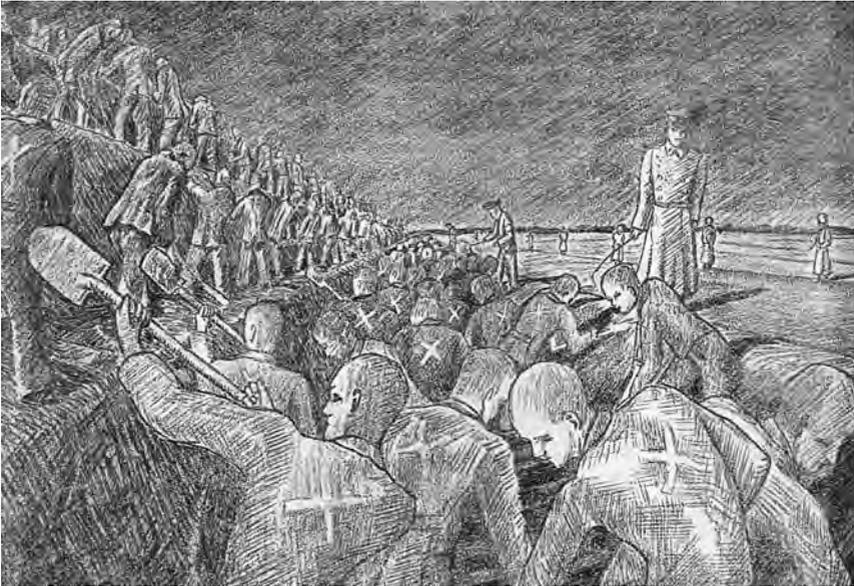


Abb 10 Sklavenarbeit am Panzerabwehrgraben in Oortkaten bei Hamburg. Zeichnung des ehemaligen dänischen Häftlings Hans Peter Sørensen, 1946

den Ermittlungsakten der Hamburger Staatsanwaltschaft zum Glück erhalten ist. Diese wichtige, wenngleich problematische Quelle hat bereits in der Ladelunder Dauerausstellung ihren Niederschlag gefunden. Der Bericht ist an eine Mitarbeiterin des „Instituts voor Oorlogsdokumentatie“ adressiert. Vermutlich bildete er die Grundlage für den von Maike Bruhns erwähnten, inzwischen verschollenen „Rapport“.

Smits Text ist zu entnehmen, dass man sich beim Arbeitseinsatz der Ladelunder KZ-Häftlinge auch hinsichtlich der Arbeitsorganisation an den Vorgaben im „Bildheft neuzeitlicher Stellungsbau“ orientierte. Laut „Bildheft“ waren Gruppen zu je 100 Mann zu bilden, ihr „Bedarf an Werkzeugen und Gerät“ war genau festgelegt: „50 Schaufeln, 20 lange Spaten, 30 Kreuzhacken, 10 Schubkarren, 1 Bandmaß.“ Bei Bob Smit heißt es: „Für die Arbeit an den Anti-Panzer-Gräben wurden, als das Lager Ladelund kaum bezogen war, zwanzig Gruppen von hundert Mann, inklusive der Vorarbeiter, jedesmal nach dem Morgenappell eingesetzt ... Als das ‚Werk‘ endlich erreicht war, begann das schlimmste Elend. Die Kapos und die Vorarbeiter zogen es auf ihre Art und Weise vor, die zu bearbeitenden Grabarbeiten zu verteilen, soweit das Land noch ‚unangeschnit-

ten' war ... Es wurden auf jede 100 Meter Länge ungefähr ebenso viele Mann aufgestellt. Jeder bekam eine Schaufel oder einen Spaten. Die Geschicktesten und Erfahrensten verstanden es, sich mit einem Spaten zu versehen. Ein ‚Los!‘, und dann begann ein Stechen auf dem meistens mit Gras bewachsenen oberen Teil des Bodens ...“

Über die Arbeitsbedingungen der KZ-Häftlinge schreibt Smit weiter: „Zufolge des zu grabenden Profils stiegen zunehmend die Schwierigkeiten. Aber man bedenke, dass gewöhnlich nur die Vorarbeiter [Kapos] über Wasserstiefel verfügten. Doch die blieben meistens auf der Kante und jagten da hin und her, nur häufig ihre Stöcke schwingend. Alle übrigen Gefangenen standen wenige Tage nach dem Beginn des sogenannten Arbeitsteils im Wasser, oder schlimmer noch, in dem sich fest ansaugenden Schlamm.“ Auch wenn die Gefangenen beim Bau der „Grenzstellung“ wegen des Geestbodens nicht bis zur Hüfte im Wasser stehen mussten wie beim „Friesenwall“, litten sie bei dem im November/Dezember 1944 oft herrschenden Regen und dem in den Graben eintretenden Grundwasser unter ihrem unzureichenden Schuhwerk. Überhaupt war ihre Kleidung weder den Witterungsverhältnissen noch der zu leistenden Arbeit angepasst. Die meisten trugen noch die inzwischen zerlumpfte Kleidung, die sie bei ihrer Verhaftung angehabt hatten. Auf ihre Jackets war mit gelber Farbe ein Kreuz geschmiert, um sie als KZ-Häftlinge zu kennzeichnen.

Nicht nur Smit, sondern auch andere Überlebende haben berichtet, dass der Langspaten als Arbeitsgerät von den Häftlingen gegenüber der Schaufel bevorzugt wurde. Trotz der beschwerlichen Spatenarbeit in der Tiefe des Grabens habe man sie vorgezogen, weil man dort nicht so sehr den Schlägen der antreibenden Kapos ausgesetzt gewesen sei wie die mit Schaufeln ausgerüsteten Kameraden auf der „Arbeitsbühne“ oder außerhalb des Grabens. Von solchen Strategien hing oft das Überleben der Häftlinge ab. Die Sterberate insbesondere der Männer aus dem niederländischen Putten war deshalb so hoch, weil sie erst seit Anfang Oktober 1944 in KZ-Haft waren, also im Gegensatz etwa zu den Russen und Polen keine Lagererfahrung besaßen. So hat Bob Smit berichtet, dass die Männer aus Putten bei der Schanzarbeit einen Arbeitseifer an den Tag gelegt hätten, der ihre Kräfte schon nach wenigen Tagen völlig erschöpfte. Zudem seien erfahrenere Mithäftlinge, die ihre Kräfte sparsamer einzuteilen wussten, umso mehr den antreibenden Schlägen der Kapos ausgesetzt gewesen.

Die Häftlinge hatten täglich, anfangs auch sonntags, 10 bis 12 Stunden Schwerstarbeit zu leisten – und das bei völlig unzureichender Ernährung: „Während der Arbeit auf dem Lande ... wurden um die Mittagszeit 1/4 bis 1/2 Liter Brei pro Kopf ausgeteilt, dann meistens ein wenig Gebräu, ebenso schlecht wie der Kaffee, der zur Abwechslung beim Empfang des Breis ausgeteilt wurde. Jedoch waren es nur die ersten 1.000 Mann von der Runde, 900 der im Arbeitseinsatz Stehen-

den vermochten es gewöhnlich nicht, etwas davon zu bekommen. Die ‚Vorarbeiter‘ tranken sich satt, und die Zuspätgekommenen konnten auf den folgenden Tag hoffen, dann vielleicht unter den ersten zu sein.“ So schreibt Bob Smit. Da die Verpflegung im Lager am Morgen und am Abend kaum besser war, litten die meisten Häftlinge an extremer Unterernährung.

Dadurch und wegen der mangelhaften hygienischen Verhältnisse in dem überfüllten Lager griffen Infektionskrankheiten wie die ruhrähnliche Dysenterie unter den entkräfteten Häftlingen um sich. So sank die Zahl der Gefangenen, die noch zur Arbeit am Panzerabwehrgraben gepresst werden konnten, zusehends. Sie wurden ins „Revier“, die Krankenstation des Lagers, geschafft, wo ihnen der französische Häftlingsarzt Dr. Clément Marot aber wegen fehlender Medikamente nicht zu helfen vermochte. Noch vor Auflösung des Lagers wurden laut Bob Smit „rund 1.000 Mann als wertlose Arbeitskräfte nach Neuengamme zurückgeführt oder nach dem als Arbeitslager aufgegebenen und danach als Kranken-Lager eingerichteten Husum [-Schwesing] gebracht.“

Die Sklavenarbeit der Häftlinge machte in Verbindung mit weiteren Faktoren die „Hölle der Konzentrationslager“ aus, die sich nach dem Urteil des ehemaligen dänischen Häftlingsarztes von Husum-Schwesing Dr. Paul Thygesen am Beispiel relativ kleiner Lager wie Husum-Schwesing und Ladelund gleichsam verdichtet vermitteln lässt: „Die systematische Aushungerung; die elende Kleidung, insbesondere das verbrecherische Schuhzeug; das ständige Ausgesetztsein gegenüber Misshandlungen; das Heimweh; die fürchterlichen Wohnverhältnisse mit ihrer katastrophalen Zusammenballung von Menschen; die unbeschreiblichen hygienischen Zustände; die Zwangsarbeit, deren Härte und Bedingungen insgesamt in einem krassen Missverhältnis zur Physis der Gefangenen und der allgemeinen menschlichen Leistungsfähigkeit standen; und dies alles übertreffend: die totale Unfähigkeit der Lagerleitung und ihr Mangel an Respekt gegenüber den meisten elementaren menschlichen Erfordernissen und Lebensvoraussetzungen.“

## **5. Die Bevölkerung**

Als 1944 das Konzentrationslager in Ladelund eingerichtet wurde, befanden sich zahlreiche Männer aus dem Dorf und den Nachbargemeinden im Krieg oder waren bereits gefallen. Ihre Arbeitskraft mussten Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter ersetzen. Zu den ca. 450 Einwohnern Ladelunds kamen seit 1941 ca. 300 Luftwaffensoldaten und -helferinnen. Im November/Dezember 1944 mussten es die Dorfbewohner hinnehmen, dass in ihre Häuser 200 Marinartilleristen der KZ-Wachmannschaft einquartiert wurden.

Durch das Konzentrationslager bürdete das NS-System der Bevölkerung zwei-

fellos eine große Last auf. Man wird aber nicht ganz außer Acht lassen dürfen, dass die vielen Militärangehörigen mit ihrer Kaufkraft dem Dorf auch wirtschaftliche Vorteile brachten. Ebenso wird man davon ausgehen müssen, dass die Einrichtungen der Luftwaffe und auch das Konzentrationslager ihren täglichen Bedarf (z.B. an Nahrungsmitteln) jedenfalls teilweise vor Ort deckten. – Die Dorfkinder freuten sich, wie Paul Edwin Petersen erzählte, wenn sie im Gemeinschaftsraum der Luftwaffenbaracken mit den Soldaten Unterhaltungsfilme sehen durften.

Die Dorfbewohner wie auch die Soldaten hatten das Glück, dass aus den oben (Kap. 2 u. 3) erörterten Gründen weder die Luftwaffenanlagen noch der Panzerabwehrgraben alliierten Angriffen ausgesetzt waren. Dennoch stellten die militärischen Anlagen eine potentielle Gefahr dar. So weiß Emma Deetjen, geb. Jessen zu berichten, dass in der Nähe ihres Elternhauses in Westre Süderfeld, unweit vom Scheinflugplatz, eines Nachts Bomben niedergingen, die jedoch – offenbar ungezielt – keine größeren Schäden anrichteten.

Die betroffenen Landwirte mussten es hinnehmen, dass der Panzerabwehrgraben und die vorgelagerten Stellungen auf ihrem Grundbesitz gebaut und der Bodenaushub auf ihren landwirtschaftlichen Flächen abgelagert wurde. Paul Edwin Petersen hat berichtet, dass er als Junge auf einem Feld am Mühlenweg außerhalb Ladelunds dem Bauern dabei geholfen habe, eilends die Rüben einzubringen, als die KZ-Häftlinge dort bereits an der Arbeit waren. Der Junge musste aus nächster Nähe mitansehen, wie die Gefangenen misshandelt wurden. In seinem Heimatdorf Westre habe er den Bauern Hilfsdienste geleistet, als sie zum Bau hölzerner Straßensperren herangezogen wurden.

Andere Landwirte wurden zu Transportdiensten verpflichtet. So musste ein Bauer mit seinem Pferdegespann die im Lager gestapelten Leichen im Abstand von wenigen Tagen zum Friedhof fahren, ein anderer hatte Nahrungsmittel ins Lager zu transportieren, ein dritter musste mit seinem Treckergespann die Häftlinge zu weiter entfernten Arbeitsstellen fahren, als die Kraft der Männer kilometerweite Fußwege nicht mehr zuließ.

Durch das Konzentrationslager wurden die Dorfbewohner mit der Wirklichkeit des nationalsozialistischen Gewaltsystems unmittelbar konfrontiert. „Das Elend der Häftlinge hat jeder in Ladelund gesehen, und das Schreien der Verprügelten hat jeder in Ladelund gehört“, notierte Pastor Meyer später in der Kirchenchronik. „Wohl ein Jeder, mit Ausnahme der 300%igen Nazis, war aufs Tiefste erschüttert.“ Nur wenige glaubten demnach der Propagandalüge, im KZ würden „Verbrecher“ ihrer „gerechten Strafe“ zugeführt. Beschimpfungen der Häftlinge oder Steinwürfe wie sie z.B. in Husum geschahen, sind aus Ladelund nicht bekannt. Die meisten Einwohner verharrten in Angst und Hilflosigkeit.

Ein unmittelbarer Kontakt zu den Häftlingen war strikt verboten. Jeder Versuch

der Hilfe oder des Protests führte das Risiko der eigenen Verhaftung mit sich. Dennoch gab es einige Versuche zu helfen. So hat ein Zeitzeuge 1978 dem damaligen dänischen Schulleiter in Ladelund Jørgen Petersen erzählt, „dass seine Mutter Kartoffeln kochte, mit denen unser französischer [Kriegs-] Gefangener und ich zum Panzergraben gingen und sie in die Seitenböschungen steckten, so dass sie gerade noch zu sehen waren. Wurzeln wurde auf dieselbe Art und Weise versteckt. Das wurde entdeckt. SS-Leute kamen zu Mutter und fragten sie, ob sie etwas darüber wusste, und sie wiederholten die Drohung [selbst ins KZ zu kommen]. Die Gefangenen waren zu der Jahreszeit hier, in der man Rüben einfuhr. Viele wurden auf den Weg geworfen, aber es gab niemanden, der es wagte, welche zu ‚verlieren‘, wenn SS oder Kapos in Sichtweite waren, denn dann drohten sie sofort.“

Ohnmacht und Erstarrung sind in Ladelund weit über die Zeit von 1944/45 wirksam geblieben. Viele haben versucht, ihre Erlebnisse zu verdrängen. Andere haben sich aber der eigenen Geschichte gestellt und freimütig darüber berichtet. Heute leben nur noch wenige Zeitzeugen. Einer Augenzeugin, die mit ihrem Mann 1944 einen Hof außerhalb Westres bewirtschaftete, kommen noch jetzt im hohen Alter die Tränen, berichtet Pastor i. R. Harald Richter, wenn sie an den jämmerlichen Zustand der Häftlinge denkt, die dichtgedrängt auf dem Anhänger des Treckergespans stehen mussten, das sie auf dem Weg zur Arbeitsstelle bis zur Hofauffahrt der Augenzeugin brachte.

Noch ärger traf es die Familie Jessen: Der Panzerabwehrgraben wurde nur wenige Meter am Wohn- und Wirtschaftsgebäude der Jessens in Westre Süderfeld vorbeigeführt (Abb. 11). Es kostete Emma Deetjen, geb. Jessen, große Überwindung, im Frühjahr 2010 nach Jahrzehnten wieder ihr früheres Elternhaus zu besuchen und in einem Videointerview von ihren Erlebnissen aus dem Jahr 1944 zu erzählen. Mit starker emotionaler Betroffenheit berichtete die 89-Jährige von der Sklavenarbeit der Häftlinge vor ihrer Haustür. Ein Häftling sei vor ihren Augen und denen der Mutter von einem Kapo erschlagen worden. Die Kapos hätten sich von der Familie Jessen mit Kaffee versorgen lassen, wenn sie in der Küche des Hauses ihre Pausen machten. Nur mit Mühe hätten es die Jessens bei den Wachmannschaften erreicht, dass der Bodenaushub des Panzerabwehrgrabens aus ihrem Vorgarten und vom Hofplatz durch Häftlinge entfernt wurde.

Der Bruder von Emma Deetjen, Martin Jessen, bewirtschaftete 1944 eine Hofstelle im Dorf Westre. Als der Zug der KZ-Häftlinge eines Abends auf dem Weg vom Panzerabwehrgraben zum Lager an der Hofstelle vorbeikam, fiel ein Schuss (vermutlich durch einen Marineartilleristen). Jessen konnte beobachten, wie ein Häftling, der sich nach einer Rübe gebückt hatte, durch Kameraden vom Boden aufgehoben und weitergetragen wurde.



Abb. 11 „Der Panzerabwehrgraben vor der Haustür.“ Im Vordergrund schwach erkennbar der Verlauf wenige Meter vom früheren Wohn- und Wirtschaftsgebäude der Familie Jessen in Westre Süderfeld. Foto von 2010

Martin Jessen und Paul Edwin Petersen haben aus ihrem Erleben nicht nur die Konsequenz gezogen, dass sie darüber öffentlich berichteten, als Mitglieder des Gedenkstättenausschusses der Kirchengemeinde Ladelund haben sie in den 80er Jahren, gegen Widerstände aus ihrem Heimatdorf Westre, an den Planungen für ein Dokumentenhaus aktiv teilgenommen und sich damit für die Vermittlung der KZ-Geschichte auf wissenschaftlicher Basis eingesetzt. Auch danach blieben sie der Gedenkstättenarbeit eng verbunden.

Inzwischen ist bereits die nächste Generation in der Gedenkstättenarbeit engagiert. So ist Gudrun Jessen-Hansen rühriges Mitglied im Gedenkstättenausschuss. Sie wuchs über ihre Familie in eine Erinnerungskultur hinein, die der heute im Ruhestand lebende Pastor Harald Richter in den 60er Jahren initiierte. Viele Häuser in Ladelund und den zur Kirchengemeinde gehörenden Dörfern stehen ausländischen Besuchern offen, insbesondere zum niederländischen Putten haben sich z. T. langjährige Freundschaften entwickelt. – Andere Ladelunder halten sich von dieser Erinnerungskultur nach wie vor fern.

## 6. Die Überreste

Im Mittelpunkt der Ladelunder Gedenkstättenarbeit stehen, wie eingangs bereits bemerkt, die Gräber der 300 KZ-Opfer. Schon 1950, vor 60 Jahren also, errichtete die Kirchengemeinde hier eine würdige Gedenkstätte. Vom ehemaligen Konzentrationslager, dem Panzerabwehrgraben, den die Häftlinge in Sklavenarbeit bauen mussten, und auch von den Anlagen der Luftwaffe sind heute nur noch wenige Überreste erhalten. Sie gerieten in den Strudel des militärischen und politischen Untergangs des NS-Systems.

In der Nacht vom 28. auf den 29. April 1945 überschritten britische Einheiten die Elbe und stießen in Richtung der deutsch-dänischen Grenze vor. Am 4. Mai, also einige Tage vor der allgemeinen Kapitulation am 8./9. Mai 1945, erfolgte die Kapitulation der deutschen Kräfte in Norddeutschland und Dänemark. Das Unterfangen der in Jütland agierenden deutschen Militärs, die nach Norden gerichtete „Kriemhildstellung“ durch entsprechende Ausbauten nun nach Süden gegen die heranrückenden Briten zu wenden, wurde damit hinfällig, zeigt aber die fanatische Bereitschaft, selbst in dieser Situation noch Menschenleben aufs Spiel zu setzen. Nach der Kapitulation verließen die Soldaten der einstigen deutschen Besatzungsmacht auf britischen Befehl Dänemark; zu Fuß und entwaffnet überquerten sie grüppchenweise die dänisch-deutsche Grenze, auch bei Ladelund.

Ende April/Anfang Mai 1945 stand das ehemalige Konzentrationslager in Ladelund ja bereits leer (16. Dezember 1944). Die nach wie vor hier stationierten Soldaten und Helferinnen der Luftwaffe räumten beim Heranrücken der Briten fluchtartig das Feld. Die Zivilbevölkerung, darunter Evakuierte aus den zerbombten deutschen Städten und Flüchtlinge aus den von der Roten Armee besetzten deutschen Ostgebieten, „bediente“ sich an den von den Soldaten zurückgelassenen Gegenständen, wie es ein Augenzeuge formulierte.

Die Briten ließen die elektronischen Anlagen der Luftwaffe durch deutsche Soldaten abmontieren, um sie nach Großbritannien zu schaffen. Die Betonanlagen wurden gesprengt, die für die Peilanlagen der Luftwaffe errichteten Holztürme wurden ebenso wie die Baracken in der Folgezeit entfernt. Heute finden sich nur noch einzelne Fundamentreste auf landwirtschaftlich genutzten Flächen. Der bei der Sprengung übriggebliebene untere Teil des Bunkers nördlich Ladelunds, der eine voluminöse Funkaufklärungsanlage getragen hatte (Abb. 12), wurde nach 1945 für Wohnzwecke genutzt und baulich verändert. Heute stellt sich dieser kaum beachtete Überrest als klägliche Hinterlassenschaft der nationalsozialistischen Machtpolitik dar (Abb. 13).

Während es für eine militärhistorische Erforschung dieser Überreste immerhin Ansätze gibt (z.B.: [www.deutschesatlantikwallarchiv.de/index.htm](http://www.deutschesatlantikwallarchiv.de/index.htm)), blieben die



Abb. 12 (l.) Funkaufklärungsanlage (sog. „Jagdschloss“) der Luftwaffe, um 1941  
Abb 13 (r.) Überrest einer solchen Anlage im Norden Ladelunds, 2010

„Feldbefestigungen“ der Jahre 1944/45 durch deutsche Militärgeschichtler bislang weitestgehend unbeachtet. In Dänemark erwuchs Ende der 70er Jahre ein Interesse zunächst an den betonierten Zeugen des Atlantikwalls. 1978 wurde in einem solchen Bunker das Museumscenter Hanstholm eröffnet, dem weitere Bunker Museen folgten. Seit 1988 registriert und erforscht eine Gruppe von Amateurgeschichtlern im Auftrage des dänischen Umweltministeriums in Verbindung mit dem inzwischen etablierten Forschungs- und Dokumentationszentrum Hanstholm systematisch die Überreste der deutschen Militäranlagen in Dänemark. Für die Grenzregion sind besonders Leif Petersen und Martin Reimers zuständig. Sie haben auch die ehemaligen Panzerabwehrgräben der „Riegelstellungen“ in Nordschleswig erforscht und in ihre Untersuchungen teilweise auch die meist auf deutschem Boden verlaufende „Grenzstellung“ einbezogen, so dass die vorliegende Studie sich mehrfach auf ihre Ergebnisse berufen konnte. Während in Dänemark nach der Befreiung Firmen damit beauftragt wurden, die Panzerabwehrgräben dort zuzuziehen, wo sie die agrarische Nutzung der Flächen behinderten, mussten südlich der Grenze die Bauern selbst diese Arbeit übernehmen. Einzelne Teilstrecken des ehemaligen Panzerabwehrgrabens wurden dem Verfall überlassen, blieben aber noch lange sichtbar. Dies zeigt z. B. ein Foto, das Pastor Harald Richter im Sommer 1960 aufnahm, als er die Witwe des in Ladelund begrabenen KZ-Opfers Hendrik van Elten aus Putten sowie deren Tochter und Schwiegersohn auf dem Weg vom ehemaligen Lagerplatz zur Gedenkstätte begleitete und den niederländischen Gästen auch den Überrest des am Weg verlaufenden ehemaligen Panzerabwehrgrabens zeigte (Abb. 14). Das Foto wurde ganz in der Nähe der Stelle aufgenommen, an der 2010/11 die Stele Ansgar Nierhoffs errichtet wird und archäologische Grabungen vorgenommen werden sollen. Vergleicht man das Foto von 1960 mit dem

Abb. 14  
 Die Witwe des in  
 Ladelund begrabenen  
 KZ-Opfers Hendrik  
 van Elten aus Putten  
 (NL) mit Tochter und  
 Schwiegersohn  
 beim ehemaligen  
 Panzerabwehrgraben  
 nördlich des Dorfes,  
 Sommer 1960



Abb. 15  
 Der ehemalige  
 Panzerabwehrgraben  
 am Nordrand des  
 Dorfes Ladelund,  
 Frühjahr 2010.  
 Im Hintergrund ein  
 Kiesabbaugebiet (l.)  
 und eine neue  
 Wohnbebauung (r.)



heutigen Zustand (Abb. 15), so wird deutlich, dass der Überrest des ehemaligen Panzerabwehrgrabens innerhalb der letzten 50 Jahre durch weiteren Verfall und einen Bewuchs mit Büschen und Bäumen weitgehend unkenntlich geworden ist. Auch das Umfeld hat sich durch eine Kiesgrube und eine Wohnbebauung stark verändert.

An eine Bewahrung des ehemaligen Panzerabwehrgrabens als Zeugnis der Sklavenarbeit der KZ-Häftlinge hat nach 1945 lange Zeit niemand gedacht. Man hat den Eindruck – und dieser Eindruck wird durch Zeitzeugen bestätigt –, dass vielen Ladelundern daran gelegen war, wenn schon nicht die Erinne-

rung, so doch die sichtbaren Zeichen der NS-Vergangenheit aus ihrem Umfeld zu tilgen. Ein Abschnitt des ehemaligen Panzerabwehrgrabens am Weg vom früheren Lagerplatz in Richtung Gedenkstätte wurde von den Dorfbewohnern gar als Müllkippe benutzt.

Das ehemalige Konzentrationslager diente in der Nachkriegszeit als Lazarett für Kriegsbeschädigte und als Flüchtlingsunterkunft, einige Räume wurden auch als Arztpraxis oder für den Schulunterricht genutzt. Später hat man die Baracken nach und nach abgerissen. Diese Entwicklung wurde in Dänemark, besonders von ehemaligen KZ-Häftlingen, mit Sorge beobachtet. Obwohl es im KZ-Ladelund wegen der Grenznahe keine dänischen Häftlinge gegeben hat, besteht nämlich in Dänemark und in der dänischen Minderheit seit 1945 ein bis heute anhaltendes lebhaftes Interesse an der Geschichte dieses Konzentrationslagers im Grenzland. Als 1970 die letzte Baracke vor dem Abriss stand, bot man dänischerseits an, diesen noch verbleibenden Überrest des KZ Ladelund im Museum Frøslevlejren für die Nachwelt zu bewahren. Dieses Angebot lehnte der damalige Bürgermeister von Ladelund jedoch ab.

Im historischen Rückblick ist man geneigt, den achtlosen und achtungslosen Umgang mit den Überresten des Konzentrationslagers und der Sklavenarbeit der Häftlinge moralisch zu verurteilen. Gerade bei jungen in- und ausländischen Besuchern stößt dieser Teil der Nachkriegsgeschichte nicht selten auf harsche Kritik an der örtlichen Bevölkerung.

Dabei wird man jedoch zu bedenken haben, dass selbst die Historiker die Geschichte des KZ Ladelund lange, viel zu lange, unbeachtet ließen. Erst 1982-1984 wurden durch ein Forschungs- und Ausstellungsprojekt der Auguste-Viktoria-Schule Flensburg auch die „Spuren in der Landschaft“ erfasst und im Rahmen einer Wanderausstellung als historische Quellen gewürdigt. Seit 1990 werden die Überreste in der Dauerausstellung „Konzentrationslager Ladelund 1944“ dokumentiert und damit in ihrer historischen Bedeutung ins Bewusstsein der Besucher gerückt. Bereits 1985 pachtete die Kirchengemeinde Ladelund ein Teilstück des landwirtschaftlich genutzten ehemaligen Lagergeländes und setzte einen Gedenkstein. Der erste Satz des Grundgesetzes („Die Würde des Menschen ist unantastbar“) verweist als Erinnerung und Mahnung auf die unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechte, die 1944 auch in Ladelund mit Füßen getreten wurden.

Was die „Grenzstellung“ betrifft, so heben sich aus einer landwirtschaftlichen Fläche nördlich von Westre noch heute sichtbar frühere Schützengräben und MG-Stellungen heraus (Abb. 16). Der ehemalige Panzerabwehrgraben ist nur noch in einem Abschnitt westlich von Ladelund, bei entsprechender Vorinformation, relativ deutlich als solcher auszumachen (Abb. 17). Ein Bodenstreifen auf dem angrenzenden Feld zeigt zudem durch seine hellere Färbung, dass

Abb 16  
Überreste von  
Schützengräben  
und MG-Stellungen  
nördlich von Westre,  
Zustand 1984



Abb 17  
Überrest des  
Panzerabwehrgrabens  
westlich von Ladelund,  
Zustand 1984



hier der Aushub des Grabens verteilt wurde. Dieses Teilstück des ehemaligen Panzerabwehrgrabens wurde 1999 auf einer Strecke von 800 Metern durch das Archäologische Landesamt Schleswig-Holstein als Bodendenkmal unter Schutz gestellt.

In Dänemark wurde vor wenigen Jahren in der Gemeinde Lintrup (westlich von Kolding) ein Teilstück der „Gudrunstellung“ mehr oder weniger fachgerecht geöffnet und im Rahmen einer „Panzergraben-Rundtour“ für Touristen zur Begehung freigegeben. Das eingangs skizzierte Vorhaben, in Ladelund ein Teilstück des ehemaligen Panzerabwehrgrabens freizulegen und das archäologische Grabungsergebnis in die Vermittlungsarbeit der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte einzubeziehen, kann in Deutschland Einmaligkeit für sich beanspruchen.

Die Kette der sog. „Alleinstellungsmerkmale“ der Ladelunder Einrichtung wird dadurch – und durch das Kunstwerk von Ansgar Nierhoff – durch zwei wertvolle Glieder bereichert.

Die historischen Überreste am „authentischen Ort“ ergänzen die historische Dauerausstellung in der Ladelunder KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte. Sie machen Geschichte im wahren Wortsinne be-greifbar, allerdings in stark verfremdeter Form. Die Gräber der KZ-Opfer erscheinen heute als wohlgepflegte Anlage, auf dem ehemaligen KZ-Gelände weiden die Kühe, der Panzerabwehrgraben ist kaum noch als solcher zu erkennen. Diese Verfremdung verklammert das Damals und das Jetzt, macht Kontinuität und Wandel augenfällig. Geschichte wird in einem didaktisch wertvollen Sinne frag-würdig. Die Überreste provozieren das Wissenwollen über die Nazizeit und den späteren Umgang mit deren Hinterlassenschaften.

Die angestrebte archäologische Rekonstruktion eines Teilabschnitts des Panzerabwehrgrabens dient zweifellos der Ladelunder Vermittlungsarbeit in starkem Maße, weil sie die ursprünglichen Ausmaße des Grabens in dreidimensionaler Form veranschaulicht und so die von den KZ-Häftlingen geleistete Sklavenarbeit jedenfalls erahnen lässt. Durch entsprechende Informationen sollten die Besucher jedoch davor bewahrt werden, die Begehung des rekonstruierten Grabens womöglich als „Erlebnis“ zu betrachten und damit das reale Geschehen des Jahres 1944 zu verniedlichen. Der Respekt vor den Opfern gebietet die Einsicht, dass jede Form der historischen oder archäologischen Dokumentation das Leiden und Sterben der KZ-Häftlinge nur ansatzweise vermitteln kann.

## **7. Fazit**

Die vorliegende Studie erweitert und präzisiert für die hier behandelten Themen die in der Dauerausstellung „Konzentrationslager Ladelund 1944“ gebotenen Informationen. Die Notwendigkeit einer Revision der 1990 fertiggestellten Dokumentation hat sich durch die neuen Forschungen jedoch an keiner Stelle ergeben.

Wie die wissenschaftliche Ausstellung ist auch der vorliegende Aufsatz ergebnisoffen. So ist mit Spannung zu erwarten, ob die hier vertretene Auffassung, dass es sich bei dem im Rahmen der „Grenzstellung“ gebauten Panzerabwehrgraben um einen „Spitzgraben“ gemäß den Vorgaben der Obersten Heeresleitung handelte, durch die archäologischen Forschungen bestätigt wird oder ob sich neue Perspektiven ergeben. Diese wären in der für Ende 2011 vorgesehenen Publikation über die historische, künstlerische und archäologische Seite des aktuellen Ladelunder Projekts natürlich zu berücksichtigen.

Ein Aspekt, der im vorliegenden Beitrag freilich eine untergeordnete Rolle spielt,

sind die Luftwaffenanlagen um Ladelund im Zweiten Weltkrieg. Genauere militärhistorische Untersuchungen würden hier zweifellos einen Korrektur- oder Präzisierungsbedarf erbringen.

Insgesamt kann die Einschätzung nur unterstrichen werden, die der Berliner Historiker Johannes Tuchel vor nunmehr 20 Jahren in seinem Vortrag am 17. November 1990 bei der Eröffnung der von ihm miterarbeiteten Ladelunder Dauerausstellung gab: Das KZ Ladelund „entstand im Rahmen der verzweifelten Versuche der NS-Führung, die als sicher erkannte Niederlage aufzuhalten und einen ‚Wall‘ gegen eine Bedrohung zu errichten, die im Vergleich zur tatsächlichen militärischen Bedrohung durch die alliierten Armeen in Ost und West bedeutungslos war. Im Rahmen dieses fanatischen Kalküls jedoch wurden noch Tausende von Menschenleben geopfert, allein hier in Ladelund ... 300.“ Im KZ Ladelund offenbarte sich „eine menschenverachtende, ideologisch begründete Herrschaft, die das Recht auf Leben und persönliche Freiheit des einzelnen Menschen grundsätzlich negierte.“

#### Literatur in Auswahl

- Jens Andersen, Tysk invasionsforsvar i Danmark 1940-45, København 2007.
- Maike Bruhns, „Die Zeichnung überlebt“. Bildzeugnisse von Häftlingen des KZ Neuengamme. In Zusammenarbeit mit der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Bremen 2007.
- Thorsten Heber, Der Atlantikwall 1940-1945. Die Befestigung der Küsten West- und Nordeuropas im Spannungsfeld nationalsozialistischer Kriegführung und Ideologie, 2 Bde, Norderstedt: Books on Demand 2008.
- Konzentrationslager Ladelund 1944. Katalog zur wissenschaftlichen Dauerausstellung in der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund, red. v. Jörn-Peter Leppien, hrsg. v. d. ev.-luth. Kirchengemeinde St. Petri Ladelund, 2. verb. Aufl. 1995 (auch in dänischer, niederländischer und englischer Sprache).
- Henrik Skov Kristensen, Eine Station auf dem Weg in die Hölle. Harrislee-Bahnhof und die Deportation dänischer Gefangener aus Frøslev in deutsche Konzentrationslager. Mit einem Beitrag v. Anke Spoorendonk (zweisp. deutsch-dänisch), hrsg. v. d. Arbeitsgruppe „Harrislee-Bahnhof“, Frøslevlejrens Museum, ADS-Grenzfriedensbund u. Historisk Samfund for Sønderjylland, 2. Aufl., Aabenraa u. Flensburg 2010.
- Ders., Ladelund koncentrationslejren. Wird im Herbst 2010 erscheinen im Jahrbuch des dänischen Nationalmuseums „Fra Nationalmuseets Arbejdsmark“.
- Jörn-Peter Leppien, „Das waren keine Menschen mehr“. Aus der Chronik der Kirchengemeinde – Pastor Johannes Meyer über das Konzentrationslager Ladelund 1944. Eine quellenkritische Studie, Flensburg: Grenzfriedensbund 1983.
- Ders., Erinnern für Gegenwart und Zukunft. Die historische Dokumentation in der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund, in: Grenzfriedenshefte 4/2006, S. 277-294.

- Jørgen Petersen, Det siger de nu om KZ-lejren i Ladelund, in: Flensborg Avis, 12./13.6.1978.
- Leif Petersen, De syd- og sønderjyske pansergrave og invasionsfrygten, in: Sønderjysk Månedsskrift 1/2005, S. 8-15.
- Fiete Pingel u. Thomas Steensen, Die KZ-Außenlager Husum-Schwesing und Ladelund, in: Zwangsarbeitende im Kreis Nordfriesland 1939-1945. IZRG-Schriftenreihe, Bd. 12, hrsg. v. Uwe Danker u.a., Bielefeld 2004, S. 271-293.
- Martin Reimers, Grænsestillingen – Pansergraven, in: [www.avlg.dk/\\_Pansergrave.htm](http://www.avlg.dk/_Pansergrave.htm)
- Herbert Schwarzwälder, Bremen und Nordwestdeutschland am Kriegsende 1945, Bd. 1, Die Vorbereitung auf den „Endkampf“, Bremen 1972.
- Lydia Stephan, Versöhnung über den Gräbern. Ladelund: eine Gemeinde erinnert sich. Manuskript einer Sendung des Hessischen Rundfunks, 22.11.1989.
- Paul Thygesen, Arzt im Konzentrationslager, in: Klaus Bästlein (u.a. Hgg.), Das KZ Husum-Schwesing. Außenkommando des Konzentrationslagers Neuengamme, Bredstedt, 2. Aufl. 1983, S. 7-29.
- Johannes Tuchel, Konzentrationslager in Deutschland 1933 bis 1945, in: Zur Ausstellung KZ Ladelund 1944. Mit Beiträgen von Johannes Tuchel, Jörn-Peter Leppien, Henry Mohrdieck, Flensburg: Grenzfriedensbund 1991, S. 7-14.

#### Danksagung

Ich danke Herrn Leif Petersen (Haderslev) dafür, dass er diese Arbeit mit seinen militärhistorischen Kenntnissen und mit bereitgestellten Materialien großzügig unterstützt hat. Mein Dank gilt auch Herrn Pastor i.R. Harald Richter, der meine Forschungen zur Geschichte des KZ Ladelund einmal mehr auf vielfältige Weise gefördert hat. Dank gebührt ebenso den Zeitzeugen Emma Deetjen, geb. Jessen (Süderlügum), Gunnar Friedrichsen (Ladelund), Karl-August Knudsen (Visselbjerg/DK) und nicht zuletzt dem 2010 verstorbenen Paul Edwin Petersen (Westre). Sie alle haben mir im Hinblick auf die vorliegende Studie bereitwilligst Auskünfte erteilt. J.-P. L.

## Helmut Schumann (1939-2010)

Am 10.7.2010 verstarb Helmut Schumann im Alter von 71 Jahren. Zusammen mit seiner Familie nahm am 16.7.2010 in der Flensburger Marienkirche eine große Trauergemeinde Abschied von einer markanten Persönlichkeit, die das öffentliche Leben in Flensburg und der Region nachhaltig geprägt hat.

Zum 70. Geburtstag von Helmut Schumann hat Artur Thomsen die Persönlichkeit und das Lebenswerk seines langjährigen Weggefährten in den Grenzfriedensheften eingehend gewürdigt und dabei auch Schumanns Verbundenheit mit dem ADS-Grenzfriedensbund hervorgehoben (H. 1/2009, S. 47 f.).

Diese Verbundenheit kam noch jüngst dadurch zum Ausdruck, dass Helmut Schumann – ungeachtet seiner schweren Erkrankung – im Grenzfriedensheft 1/2010 (S. 161 f.) einen Artikel zum 60. Geburtstag des Vereinsvorsitzenden Lothar Hay publizierte.

Der ADS-Grenzfriedensbund und die Grenzfriedenshefte verlieren mit Helmut Schumann einen hochgeschätzten Freund und kompetenten Berater. Unser Mitgefühl gilt seiner Familie, insbesondere seiner Frau Ingrid Schumann, die im ADS-Grenzfriedensbund als Referentin für Grenzlandfragen auch die Redaktionsgeschäftsstelle der Grenzfriedenshefte betreut.

*Jörn-Peter Leppien, Peter Rodewald*

### SCHLAGZEILEN AUS DEM GRENZLAND

#### Panzergraben als Mahnmahl

Flensburger Tageblatt, 17.6.2010

*Mit der Errichtung eines neuen Denkmals und mit der Rekonstruktion eines Teils des 1944 von Ladelunder KZ-Häftlingen in Sklavenarbeit ausgehobenen Panzerabwehrgrabens soll die Gedenkstätte Ladelund erweitert werden (s. den Beitrag von Jörn-Peter Leppien im vorliegenden GFH).*

#### Dänen auf den Barrikaden

Flensburger Tageblatt, 26.6.2010

*Unter dem Motto „Unsere Kinder sind auch 100 Prozent wert“ protestierten ca.*

*14.000 Angehörige und Freunde der dänischen Minderheit in den sieben größten Orten im Landesteil gegen den Sparkurs der Landesregierung, wonach der Zuschuss pro Schüler auf 85 Prozent gekürzt werden soll. Wohl keine Maßnahme der Kieler Regierung gegenüber den dänischen Südschleswigern hat in den vergangenen Jahrzehnten einen derart einmütigen Protest aus Dänemark hervorgerufen, dem sich selbst Außenministerin Lene Espersen in einer offiziellen Erklärung anschloss, ebenso Oppositionsführerin Helle Thorning Schmidt. In einem Telefongespräch verständigten sich die Regierungschefs in Kopenhagen und Kiel darauf, eine gemeinsame Arbeitsgruppe einzusetzen, welche die Schulzuschüsse nördlich und südlich der Grenze dokumentieren soll, um eine Lösung zu finden. Ein*

*weiteres Gespräch soll im Oktober stattfinden (Der Nordschleswiger, 30.6. und 2.9.2010).*

## Am Ende steht der Erfolg

Nordfriesland-Tageblatt, 29.6.2010

*Unter den 100 Abiturienten der Niebüll-Friedrich-Paulsen-Schule waren auch 20 Absolventen der gemeinsam mit dem Tonderaner Gymnasium betriebenen Europa-Klasse. Aufgrund des mangelnden Interesses von Schülern aus Tondern steht es jedoch nicht gut um eine Neuauflage des Projekts (s. GFH 1/2010, S. 71).*

## Nach Kopenhagen im Stundentakt

Der Nordschleswiger, 30.6.2010

*Ab dem 12. Dezember soll es deutliche Verbesserungen im grenzüberschreitenden Bahnverkehr geben: Die bis jetzt nur im Sommer durchgehenden Verbindungen zwischen Niebüll und Esbjerg werden ganzjährig angeboten, und erstmals seit 1996 werden wieder IC-Direktverbindungen zwischen Kopenhagen und Flensburg gefahren. Die sieben Zugpaare am Tag verbessern zudem mit dem IC von und nach Sonderburg (die Strecke Tingleff-Sonderburg wird derzeit saniert) das zuletzt arg ausgedünnte Angebot in Nordschleswig (vgl. GFH 1/2010, S. 65). Die DSB kündigte an, dass zahlreiche innerdänische Vergünstigungen auch von und nach Flensburg gültig sein werden.*

## Forschung und Ausbildung quer über die Grenze

Der Nordschleswiger, 30.6.2010

*Bei einem Treffen mit ihrem Kieler Kollegen Jost de Jager im Sonderburger Alsi-*

*on sprach sich die dänische Forschungsministerin Charlotte Sahl-Madsen für einen Ausbau der grenzüberschreitenden Hochschul-Beziehungen aus, um mehr Wachstum in der Gesellschaft zu schaffen und das internationale Verständnis der Studierenden zu steigern. Hierzu will die Süddänische Universität in größerem Umfang Ausbildung südlich der Grenze und mehr internationale Abschlüsse anbieten.*

## Jugendhof Knivsberg beim Solitüdefest mit dem Motto „Fest der Minderheiten“

Der Nordschleswiger, 30.6.2010

*Das 31. Strandfest des ADS-Grenzfriedensbundes in Solitüde wurde von mehreren tausend Menschen besucht. Dieses Mal standen die Minderheiten der Region im Blickpunkt. Der Leiter des Jugendhofs Knivsberg Heiko Frost zeigte sich erstaunt darüber, wie wenig der Knivsberg in der Region bekannt sei.*

## Soldat 162 Jahre nach seinem Tod geehrt

Jydske Vestkysten, 1.7.2010

*Unter so hoher Teilnahme wie selten zuvor wurde zum 76. Mal in Bjerning nördlich von Hadersleben die jährliche Kranzniederlegung am Grab des am 30. Juni 1848 bei einem Scharmützel im Ersten Schleswigschen Krieg getöteten Soldaten Mads Christian Olsen vollzogen. Der Haderslebener Garnisonskommandant, Oberst Keller Nielsen, wird mit den Worten zitiert: „Mads Christian Olsen fiel als Held für Dänemark. Er kämpfte für Frieden und Freiheit und gab für diesen Kampf sein Leben. Das ist hochaktuell, kämpfen däni-*

*sche Soldaten heute doch auch für Frieden und Freiheit.“*

## Abschied von einem sønderjysken Riesen

Jydske Vestkysten (Titel der Haderslebener Ausgabe), 1.7.2010

*Wenige Wochen vor seinem 100. Geburtstag ist am 23. Juni der bekannte Publizist und Journalist Bjørn Svensson verstorben. Der studierte Politologe (cand. polit.) war Zeitungsredakteur und von 1960-79 Leiter von Danmarks Radio Syd. Bekannt war er vor allem als Debatteur mit deutlich national-dänischem Standpunkt, der sich bis zuletzt regelmäßig mit bisweilen spitzer Feder zu grenzlandpolitischen Themen äußerte.*

## Kürzungen von allen Seiten

Pressemitteilung des BDN, 2.7.2010

*„Die deutsche Minderheit in Dänemark steht in der schlimmsten finanziellen Krise seit Gedenken,“ so der BDN-Hauptvorsitzende Hinrich Jürgensen in einem Schreiben an zentrale politische Akteure in Berlin und Kiel. Schon 2011 werde man angesichts der Einsparungen aus Berlin, Kiel und Kopenhagen über 2 Mio. Euro weniger zur Verfügung haben und in den kommenden Jahren 40-50 Stellen in den Einrichtungen der Minderheit streichen müssen. Die angekündigten Kürzungen würden dazu führen, dass sich die in Dänemark kritisch betrachtete Schieflage bei der Finanzierung der Minderheiten weiter zu Ungunsten der deutschen Seite verschiebt. Hinzu kommen angedrohte Kürzungen von dänischer Seite, die global alle privaten Schulen, aber auch den öffentlichen Schulbetrieb und eben auch*

*die Einrichtungen der deutschen Minderheit treffen. Diese Kürzungen belaufen sich für 2011 auf mehr als 400.000 Euro und steigen bis 2014 auf fast 750.000 Euro. Abschließend appelliert Hinrich Jürgensen an alle, die bundesdeutschen Kürzungen nicht durchzuführen und diesen „Rückzug auf Raten aus der politischen Verantwortung für die deutsche Volksgruppe zu stoppen“ (siehe auch GFH 2/2010, S. 170 und 173).*

## BDN-Stellungnahme zur europäischen Sprachencharta Pressemitteilung des BDN, 2.7.2010

*Der Bund Deutscher Nordschleswiger hat eine Stellungnahme in Verbindung mit dem dritten dänischen Staatenbericht zur Umsetzung der Sprachencharta abgegeben. Die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen stellt Deutsch in Nordschleswig unter besonderen Schutz. Wichtigste Forderung der deutschen Minderheit ist die Erweiterung des Anwendungsbereichs der Sprachencharta auf die kommunale Ebene, die in Dänemark für fast alle öffentlichen Serviceleistungen verantwortlich ist (s. GFH 3/2010, S. 211). Darüber hinaus fordert die deutsche Volksgruppe in der Stellungnahme unter anderem eine Sprachpolitik für Deutsch als Minderheitensprache, Verbesserung der Möglichkeit, die deutsche Sprache gegenüber Behörden nutzen zu können, eine bessere Berücksichtigung der deutschen Sprache auf den Internet-Seiten staatlicher, regionaler und kommunaler Behörden und mehr Informationen über die Verpflichtungen und Bestimmungen der Charta.*

Berlin sieht keine Diskriminierung  
Flensburg Avis, 8.7.2010

*Auf parlamentarische Anfragen hin führte die Staatsministerin im Auswärtigen Amt Cornelia Pieper aus, dass sie die einseitigen Zuschusskürzungen für die dänischen Schulen nicht als Ungleichbehandlung empfinde, zumal die Minderheit auch anderweitig deutsche Mittel erhalte. Die Volksgruppe könne nicht davon ausgenommen werden, für die Zukunft kommender Generationen Einschnitte hinzunehmen. Im Übrigen sei Bildung Ländersache, und die Befürchtung, dass die Kieler Einsparungen das deutsch-dänische Verhältnis belasten könnten, wies die Ministerin entschieden zurück. Nach Gesprächen mit der dänischen Außenministerin Lene Espersen änderte sich jedoch die Meinung Piepers und ihres Vorgesetzten Guido Westerwelle, die seither die Landesregierung zu einer einvernehmlichen Lösung drängen (Flensburger Tageblatt, 17.7.).*

Aus Berlin kaum Hilfe für Flensburger  
Uni zu erwarten

Flensburg Avis, 8.7.2010

*Während das Bundesbildungsministerium durch eine Umstrukturierung von Forschungsinstituten Geld zur Rettung der von der Schließung bedrohten medizinischen Fakultät in Lübeck bereitstellte, ist für die vor dem Aus stehenden Flensburger Studiengänge (s. GFH 2/2010, S. 172) ähnliches nicht zu erwarten. Der parlamentarische Staatssekretär Thomas Rachel erklärte, dass angesichts von bundesweit 386 deutsch-dänischen Hochschulkooperationen der Verlust der Flensburg-Sonderburger Basis nicht gravierend sei.*

Deutsche Nordschleswiger behalten  
Beförderungszuschuss  
Flensburg Avis, 8.7.2010

*Gemeinsam mit Dansk Folkeparti beschlossen die dänischen Regierungsfraktionen, dass den deutschen Schulen doch nicht der Zuschuss für die Schülerbeförderung gestrichen wird. Begründet wurde dies damit, dass die Schulen oft weite Einzugsgebiete haben und es für die Minderheit keine gleichrangige Alternative gibt (s. GFH 2/2010, S. 170).*

Bundestag billigt „Knöllchen  
ohne Grenzen“

Der Nordschleswiger, 9.7.2010

*Der Bundestag hat ein Gesetz verabschiedet, wonach Bußgeldbescheide aus dem EU-Ausland ab dem 1.10.2010 auch in Deutschland vollstreckt werden können, wenn es dabei um mehr als 70 Euro geht. Nach der bisherigen Rechtslage wurden Raser und Falschparker in den seltensten Fällen nach ihrer Heimkehr noch belangt.*

Rückkehr des Ildstedt-Löwen wohl  
am 11. September 2011

Der Nordschleswiger, 14.7.2010

*Die zur Zeit in der Restaurierung befindliche Bronzestatue wird wohl endgültig erst im nächsten Jahr am Tag des offenen Denkmals wieder in Flensburg aufgestellt (s. GFH 2/2010, S. 170).*

Partner und Autos locken Dänen  
südwärts

Flensburg Avis, 16.7.2010

*Inzwischen wohnen gut 5000 dänische*

*Staatsbürger knapp südlich der Grenze. Neben persönlichen Beziehungen und niedrigeren Lebenshaltungskosten spielt auch verstärkt die Attraktivität Flensburgs eine Rolle, wenn jemand Arbeit im grenznahen Bereich gefunden hat.*

### Freude über Atempause für Universität

Flensburg Avis, 16.7.2010

*Der Beschluss der Landesregierung, die vorgesehenen drastischen Kürzungen bei der Flensburger Universität um ein Jahr auszusetzen (s. GFH 2/2010, S. 172, und oben 8.7.), hat über die Parteigrenzen hinweg Erleichterung ausgelöst. Nun soll die Zeit genutzt werden, um mit Vertretern der regionalen Wirtschaft beiderseits der Grenze ein Konzept zu entwickeln, das die Hochschule auf eine tragfähige Finanzgrundlage beiderseits der Grenze stellt. Ein erster Vorentwurf zu einem „European University College“ wurde auch im Ministerium positiv aufgenommen (Der Nordschleswiger, 20.7.).*

### Simpel, praktikabel, verbindend

Flensburger Tageblatt, 18.7.2010

*Das unter Mithilfe von 150 Menschen aus 128 Nationen erarbeitete städtische Integrationskonzept für Mitbürgerinnen und Mitbürger verschiedener ethnischer Herkunft bzw. Staatsangehörigkeit wurde von der Flensburger Ratsversammlung angenommen. Es soll vor allem Neu-Flensburgern helfen, sich im Alltag und in den verschiedenen öffentlichen Einrichtungen in der Stadt zurechtzufinden. Aber auch eine Vielzahl von praktischen Hinweisen zu beispielsweise VHS-Kursen, Internet-Plattformen, Dolmetschern*

*oder Informationen zur zweisprachigen Kindererziehung sind in dem 19-seitigen Papier enthalten.*

### Ohne Zuwanderung sieht Dänemark ganz alt aus

Der Nordschleswiger, 20.7.2010

*Obwohl die Geburtenrate in Dänemark höher liegt als in Deutschland und den meisten anderen europäischen Ländern, sieht eine an der Universität Köln vorgelegte Studie auch für Dänemark eine baldige Überalterung der Gesellschaft voraus. Nur durch mehr Zuwanderung könne diesem entgegengewirkt werden (s.a. Berlingske Tidende, 3.9.2010).*

### Vattenfall und Stadtwerke München planen Windpark vor Sylt

Spiegel-online, 20.7.2010

*Die Stadtwerke München wollen gemeinsam mit dem Energiekonzern Vattenfall ein riesiges Windkraftwerk in der Nordsee 70 km westlich von Sylt bauen. 80 Turbinen sollen künftig Strom für eine halbe Million Haushalte liefern – allerdings könnte das Projekt „DanTysk“ noch an technischen und finanziellen Fragen scheitern.*

### Einsprachigkeit ist heilbar

Der Nordschleswiger, 24.7.2010

*Unter dem oben genannten Motto reist eine Abordnung der Jugend Europäischer Volksgruppen durch verschiedene Städte in gemischtsprachigen Gebieten, um auf die Existenz von Minderheitensprachen, deren Normalität und Verbreitung und die Vorteile der Mehrsprachigkeit aufmerksam zu machen.*

Grüne sehen den Grenzfrieden gefährdet

Flensburger Tageblatt, 14.7.2010

*Die im neuen Haushaltsentwurf der Bundesregierung noch weiter gekürzte Unterstützung für die deutsche Minderheit in Nordschleswig werten Bundes- und Landespolitiker der Grünen als Gefährdung des Grenzfriedens. Zum einen sehen sie die Fortexistenz vieler deutscher Einrichtungen gefährdet, zum anderen fürchten sie die Abwälzung eines noch größeren Teils der finanziellen Verantwortung auf den dänischen Staat. In einem Interview mit dem Nordschleswiger (14.8.) versicherte Staatssekretär Christoph Bergner, dass es keinen Paradigmenwechsel in der deutschen Minderheitenpolitik geben werde, Einsparungen aber unumgänglich seien.*

Junge Deutsche wollen dänische Lehrer werden

Jyllands-Posten, 3.8.2010

*Der Versuch, gezielt junge Deutsche in das Lehramtsstudium nach Hadersleben zu locken, ist von Erfolg gekrönt: 28 Deutsche (sowie einzelne andere Ausländer), die bisher nicht in Dänemark gelebt haben, beginnen nun ihr Studium. Laut Tove Heidemann (GFH 3/2000, S. 241 ff.), Koordinatorin für internationale Kontakte am UC Syd, ist dies der Mundpropaganda, aber auch einer recht umfassenden Werbung für den nun erleichterten Einstieg (mit Deutsch als Hauptfach und intensiven Dänischkursen) zu verdanken. Die steigende Nachfrage nach Lehrpersonal, die wesentlich kürzere Ausbildungszeit als in Deutschland, der mehr praxisorientierte Unterricht und der Mangel an Referendariatsplätzen südlich der Grenze machen das Studium laut Tove Heidemann zusätzlich attraktiv.*

Der Kampf um die Brücken

Berlingske Tidende, 8.8.2010

*Während die Vorbereitungen zum Bau der Fehmarnbelt-Brücke weiterlaufen, versuchen sowohl Politiker als auch Wirtschaftsvertreter in den verschiedenen Regionen Dänemarks, die Pläne für weitere große Brückenprojekte voranzutreiben. Es existieren insgesamt neun Vorschläge für neue Großbrückenprojekte zwischen dem Festland und den Inseln. Im Verkehrsministerium werden derweil nur das kleinste und das größte dieser Projekte untersucht, nämlich eine dritte Brücke über den Kleinen Belt im Bereich Fredericia-Middelfart und eine Kattgatbrücke über die Insel Samsø, deren Baukosten mehr als doppelt so hoch veranschlagt werden wie jene der Fehmarnbelt-Brücke. In Nordschleswig gibt es Vorschläge zu einer Brücke von Alsen nach Südfünen. Ausgelöst wird die Brückeneuphorie durch die positiven wirtschaftlichen Folgen, die vor allem die Brücke über den Großen Belt insbesondere für Fünen und den Raum Kopenhagen gehabt haben. Der Geographie-Professor und Infrastrukturexperte Christian Wichmann Matthiessen hält diese Projekte – darunter auch eine Verbindung von Alsen über Ærø nach Langeland – jedoch für unrealistisch und plädiert für den Ausbau bestehender Verbindungen. Die von ihm geleitete dänisch-schwedisch-deutsche Arbeitsgruppe hat errechnet, dass die feste Fehmarnbelt-Querung zunächst die großen Zentren wie Hamburg und Malmö-Kopenhagen stärken wird, bei einer gezielten Wirtschaftsförderungspolitik aber auch die kleineren umliegenden Zentren und das Umland. Bisher liegt die Anzahl der Pendler zwischen Kopenhagen und Hamburg bei wöchentlich deutlich unter 100 Personen.*

Insel ohne Insulaner  
Spiegel-online 9.8.2010

*Angesichts ständig wachsender Probleme für die Einheimischen haben die Sylter Gemeinden ein „Geografisches Informations- und Planungssystem Sylt“ (Grips) eingerichtet, das konkrete Zahlen über die Insel als Wohnort und Touristenziel liefern soll, mit denen man den aktuellen Problemen begegnen will. Hierzu zählt vor allem, dass es für die normal arbeitenden Sylter immer schwieriger wird, noch bezahlbaren Wohnraum auf ihrer Heimatinsel zu finden.*

Rockerkrieg trifft deutsches Museum  
Flensburg Avis, 12.8.2010

*Wegen der in Dänemark angesichts der ausufernden Konflikte zwischen Rockergruppen verschärften Waffengesetze wurde dem Deutschen Museum in Sonderburg auferlegt, ein vollkommen unbrauchbar gemachtes Gewehr aus dem Zweiten Weltkrieg nur noch in einer gepanzerten Vitrine auszustellen.*

Kunst war bei Zusammenarbeit  
über die Grenze der Politik voraus  
Der Nordschleswiger, 14.8.2010

*Die von deutschen und dänischen Künstlern verschiedener Genres gestaltete Grenzlandausstellung (Vorstellung 14.8., Sønderjyllandshallen Apenrade) feiert in diesem Jahr ihr 40-jähriges Jubiläum. Eine weitere grenzüberschreitende Kunstausstellung wurde am 31.8. im Künstlerhaus Scherrebek eröffnet (Der Nordschleswiger, 21.8.2010).*

Schülerzahlen gehen zurück  
Der Nordschleswiger, 21.8.2010

*Aufgrund der Einschulung geburtenschwacher Jahrgänge und des Wegzuges mehrerer Familien aus wirtschaftlichen Gründen sind die Schülerzahlen an den deutschen Schulen in Nordschleswig auf 1220 gesunken. Am dramatischsten ist die Situation in Tondern, wo an der Ludwig-Andresen-Schule nur ein einziges Kind in die Vorklasse eingeschult worden ist.*

Ein Meilenstein für  
die Integration

Berlingske Tidende, 21.8.2010

*Erstmals in der Geschichte Dänemarks war im vergangenen Schuljahr im Verhältnis zum Bevölkerungsanteil ein höherer Anteil an 20-24-jährigen Frauen nicht dänischer Abstammung mit einer mittellangen oder langen Studiausbildung befasst als der entsprechende Anteil dänischer junger Frauen ohne Migrationshintergrund. Integrationsministerin Birte Rønn lobte dies als Erfolg der Integrationspolitik, verwies aber auch auf die im Durchschnitt größere Disziplin der Frauen ausländischer Abstammung. Vgl. aber GFH 1/2010, S. 75.*

Sensationeller Fund  
am Danewerk

Jyllands-Posten, 27.8.2010

*Bei einer Probegrabung an der 1250 Jahre alten Feldsteinwand der frühgeschichtlichen Befestigungsanlage stieß man auf die Fundamente des Haupttores, dessen Existenz bisher nur aus der Überlieferung bekannt war.*

## Richter verordnen Neuwahlen in Schleswig-Holstein

Flensburger Tageblatt, 31.8.2010

*Das Landesverfassungsgericht hat das Zählverfahren zur Mandatsverteilung im Kieler Landtag nach der letzten Wahl (s. GFH 4/2009, S. 267) für ungültig erklärt. Spätestens 2012 müssen vorgezogene Neuwahlen stattfinden, selbstverständlich erst nach vorheriger verfassungskonformer Änderung des Wahlgesetzes.*

## Der ewige Kampf gegen den Nazismus

Flensburg Avis, 2.9.2010

*Sowohl am Mahnmal Harrislee Bahnhof als auch in den KZ-Gedenkstätten Ladelund und Schwesing wurde der Opfer des vor 71 Jahren entfesselten Zweiten Weltkrieges gedacht.*

## SPD: Masterplan für Minderheiten

Der Nordschleswiger, 4.9.2010

*Die minderheitenpolitische Sprecherin und der europapolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Birte Pauls und Rolf Fischer erklärten, dass es angesichts der bevorstehenden Kürzungen der Mittel für alle Minderheiten in der Region zu einem Neuanfang in der Minderheitenpolitik kommen müsse, wenn die Region ihren oft zitierten Modellcharakter nicht verlieren will. Vor allem müsse das Vertrauen wieder hergestellt und ein Masterplan aufgestellt werden, um den Einrichtungen der Volksgruppen längerfristige Planungssicherheit zu gewährleisten.*

## 150 Mio zur Stärkung der Westküste

Der Nordschleswiger, 4.9.2010

*Die dänische Regierung will mit der Initiative „Et Danmark i balance“ die Randgebiete des Landes besser fördern, und zwar gleichsam durch Gesetzesänderungen und Finanzmittel. In der Kommune Tøndern hofft man auf Infrastrukturbeihilfen, unter anderem einen Ausbau der Landesstraße 11 in Verlängerung der B 5 (vgl. GFH 2/2010, S. 164 und 167/168).*

## Gibt es Platz für uns im Nationalpark?

Der Nordschleswiger, 4.9.2010

*Die Anhörungsfrist zum seit langem geplanten Nationalpark Wattenmeer (GFH 1/2010, S. 67) ist beendet. Nach wie vor wird das Thema nördlich der Grenze kontrovers diskutiert.*

## Flaggenkrieg zeigt, dass Danebrog in Krise steckt

Kristeligt Dagblad, 4.9.2010

*Angesichts der Meinungsverschiedenheiten um den landesweiten Flaggentag für die seit 1948 in Kriegsgebiete entsandten dänischen Soldaten sehen manche Beobachter den Status des Danebrog als gemeinsames Symbol gefährdet. Anlass der Sorgen ist der Aufruf einiger pazifistischer und linker politischer Gruppen, die Flagge nicht auf Vollmast, sondern zum Gedenken an die Toten und als Protest gegen die Kriege auf Halbmast zu setzen.*

Regierung schweigt zu  
Einsparungen

Flensburg Avis, 9.9.2010

*Mit dem Haushaltsentwurf für 2011/12 hat die Landesregierung ihr Programm zur Konsolidierung der schleswig-holsteinischen Finanzen auf den Weg gebracht, zu dem es ihrer Ansicht nach keine Alternative gibt. Die Opposition im Landtag warf den Regierungsparteien Orientierungslosigkeit und rein neoliberale Politik vor. Der SSW vermisste jedes Wort zu den Einsparungen bei den Minderheiten – auch Friesenrat und Nordfriisk Instituut erhalten künftig deutlich weniger Landesmittel – und wirft der Regierung vor, überhaupt keine Minderheitenpolitik mehr zu betreiben.*

Gemeinsam auf Schulfahrt

Flensburg Avis, 9.9.2010

*Im Zuge der Projektreihe Kulturbrücke arbeiten die Drittklässler der Deutschen Schule Hadersleben und Skovlund-Valsbøl Danske Skole gemeinsam in einem mehrteiligen Projekt, in welchem sie auf praktische und nachhaltige Weise ihre Heimat beiderseits der Staatsgrenze erleben sollten. Abgeschlossen wird es mit einer gemeinsamen Klassenfahrt.*

Sonderburger Flughafen will  
nichts von Schließungsgefahr  
hören

Flensburg Avis, 9.9.2010

*Nachdem der Direktor des Billunder Flughafens die Prognose ausgegeben hatte, dass es den Airport am Alsensund in wenigen Jahren nicht mehr geben werde, versicherten Betreiber und Lokalpolitiker die Weiterexistenz desselben. Mehr denn*

*je wolle man ihn zu einer Einrichtung mit grenzüberschreitender Bedeutung ausbauen. Die Betreibergesellschaft war zuvor angeblich nur durch die Finanzspritze eines milliarden schweren Großaktionärs vor dem Konkurs bewahrt worden (Der Nordschleswiger, 4.9.2010).*

Neue deutsch-dänische  
Zusammenarbeit bei Gymnasien

Flensburg Avis, 18.9.2010

*Erstmals haben Duborg-Skolen und Deutsches Gymnasium Nordschleswig eine gemeinsame Projektwoche arrangiert. Das Hauptthema war die regionale Umweltpolitik. Zudem gab es Diskussionen mit Entscheidungsträgern von beiden Seiten der Grenze. Dies war das erste größere gemeinsame Projekt der beiden Minderheitengymnasien.*

Trockene Ohrfeigen für  
dänische Frauen

Jydske Vestkysten, 23.9.2010

*Die 19:27-Niederlage der dänischen Handballdamen gegen ihre deutschen Kolleginnen beim GF World Cup in Århus veranlasste einen Redakteur zur Zeile „De danske kvinder kom i kløerne på Tyskland“ (die dänischen Frauen gerieten in Deutschlands Klauen), wobei auf das alte Feindbild vom deutschen Adler angespielt wird.*

Kreis begehrt gegen Fehmarn-  
Fraktion im Landtag auf

Flensburg Avis, 23.9.2010

*Mit den Stimmen aller sieben Parteigruppen verabschiedete der nordfriesische Kreistag eine Resolution zur deutsch-*

*dänischen Zusammenarbeit, in der man vor allem die Bedeutung des schleswigschen Grenzlands als Motor für grenzüberschreitende Vorhaben hervorhebt. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass man im Zuge des Baues der Fehmarnbelt-Brücke eine Verschiebung zuungunsten der Region fürchtet.*

Starke Kräfte  
im hohen Norden

Flensburg Avis, 23.9.2010

*Das erstmalig abgehaltene grenzüberschreitende Festival Litteratur.nu lockte zahlreiche prominente Autoren aus ganz Skandinavien und Deutschland und zahlreiche Zuhörer auf die Schlösser nach Husum und Sonderburg.*

Deutsch-dänisches Jugendcamp  
voller Erfolg

Flensburg Avis, 23.9.2010

*Der Tennisclub Mürwik war Gastgeber einer neuen grenzüberschreitenden Begegnung von zahlreichen 8-18-jährigen Sportlern. Unterstützt wurde dies von der Stiftung Helmut Schumann des Selbsthilfebauvereins. Im kommenden Jahr soll das Treffen in Odense erneut stattfinden.*

Die gleichen Möglichkeiten wie  
die Öresund-Region

Der Nordschleswiger, 25.9.2010

*Beim Treffen der Vertreter des Wachstumsforums für Süddänemark mit Regionschef Carl Holst an der Spitze mit Regierungsmitgliedern, darunter Wirtschaftsminister Brian Mikkelsen und Bildungsministerin Tina Nedergaard erklärten die Beteiligten, dass man die Grenzregion*

*weiter zur Wachstumsregion entwickeln wolle. Intensiviert werden soll die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Universitäten und in der Energiepolitik. Vgl. u.a. GFH 1/2010, S. 72.*

Landtag unterstützt Europa-Schulen

Flensburg Avis, 23.9.2010

*Alle Parteien im Landtag sagten den 28 Europaschulen im Bundesland mehr praktische Unterstützung zu, doch sprachen sich die Regierungsfractionen gegen eine Erhöhung der Finanzmittel über die jährlich 6500 € Reisekostenzuschüsse aus.*

SPD: Die Sorgen der Dänen  
sind unbegründet

Der Nordschleswiger, 25.9.2010

*Die SPD-Landtagsfraktion stellt fest, dass man auch bei einem eventuellen Regierungswechsel nach der vorgezogenen Landtagswahl zum Bau der festen Fehmarnbelt-Querung stehen werde (s. GFH 3/2009, S. 208). Zuvor hatten sich vermehrt Stimmen geäußert, die das Projekt in Frage stellen.*

Volle Unterstützung für [Kandidatur  
als] Kulturhauptstadt 2017

Flensburg Avis, 30.9.2010

*Der Vorsitzende der Region Syddanmark gab bekannt, dass man die Kandidatur Sonderburgs als Europas Kulturhauptstadt 2017 voll und ganz unterstützen werde. Dabei soll gerade die grenzüberschreitende Perspektive eine entscheidende Rolle spielen. Einziger Konkurrent ist bisher Århus. Die Entscheidung wird Mitte 2012 fallen.*

**ADS – GRENZFRIEDENSBUND e. V.**  
**Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig**

24937 Flensburg, Marienkirchhof 6 (Norderhaus) - 24901 Flensburg, Postfach 1127  
Internet: www.ads-flensburg.de - Email: info@ads-flensburg.de  
Telefon 04 61 / 86 93-0 - Telefax 04 61 / 86 93-20



**EINLADUNG zum "7. Dialog ADS-Grenzfriedensbund":**

**"Wie die Grenzverbände zum Gelingen des Grenzlandlebens beitragen.  
Hvordan grænseforeningerne bidrager til et velfungerende grænselandsliv."**

Sehr geehrte Damen und Herren,

das deutsch-dänische Grenzland ist durchzogen von einem sensiblen Geflecht von Institutionen und Kooperationen, zu denen selbstverständlich auch die Grenzverbände zählen.

Was tun sie, wie haben sie sich gewandelt, an welchen aktuellen Projekten arbeiten sie, welchen Anteil an der zukünftigen Entwicklung wollen und können sie übernehmen?

Wie viel Vielfalt braucht das Grenzland? Auf welche Weise soll der Verschiedenheit und der Gemeinsamkeit Rechnung getragen werden? Welche Zukunftsfaktoren entscheiden?

Verfolgen Sie zu diesen Themen die aktuellen Informations- und Diskussionsbeiträge von

**Knud-Erik Therkelsen**, Generalsekretär Grænseforeningen, DK  
**Jutta Kürtz**, Vorsitzende Schleswig-Holsteinischer Heimatbund e.V.  
**Gerhard Beuck**, geschäftsführendes Vorstandsmitglied Deutscher Grenzverein e.V.  
**Lothar Hay**, MdL, Vorsitzender ADS-Grenzfriedensbund e.V.

und

**Dr. Tove Malloy**, Direktorin European Centre for Minority Issues, ECMI  
**Dr. Michael Schack**, IHK Flensburg, Deutsch-Dänisches Regionalmanagement  
**Peter Hansen**, Leiter Regionskontor und Infocenter, Sønderjylland-Schleswig  
**Dr. Jürgen Kühnl**, Historiker, Experte in Minderheiten- und Grenzlandfragen

Die Moderation der Podiumsrunden und der sich daran anschließenden Diskussion mit Ihnen übernimmt unser Mitglied des Vorstands **Renate Schnack**.

Haben Sie Zeit und Interesse? Dann sind Sie herzlich eingeladen, **am 28. Oktober 2010 um 19.00 Uhr im Hotel des Nordens, Alte Zollstraße 44, 24955 Harrislee**, (Tel.: 0461 / 7020) an der Veranstaltung teilzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

  
Lothar Hay  
Vorsitzender

## Volksabstimmungen 1920

Inge Adriansen, Immo Doege

Deutsch oder Dänisch?

Agitation bei den Volksabstimmungen  
in Schleswig 1920

Sonderburg: Deutsche Museen  
Nordschleswig und Museum Sønder-  
jylland, 2010, 80 S., durchgehend  
farbig bebildert

„Gott wolle uns behüten, dass wir nicht werden Jüten“, reimte die deutsche Seite. Die dänische Seite konterte: „Gott wird die Jüten behüten und die Preußen vertreiben. Wir wollen keine Preußen sein, wir wollen Jüten bleiben.“ Dies sind zwei exemplarische Plakat-Slogans aus den Wochen vor den Volksabstimmungen in Schleswig 1920, deren Ergebnis die bis heute bestehende deutsch-dänische Grenze darstellt. In dem vorliegenden Buch haben Inge Adriansen, Museumsinspektorin im Museum Sønderjylland auf dem Sonderburger Schloss, und Immo Doege vom Deutschen Schulmuseum in Apenrade 80 Abbildungen zusammengetragen, die zeigen, mit welchen Argumenten und mit welchen Gefühlen die Bevölkerung im Abstimmungsgebiet für die deutsche oder die dänische Sache gewonnen werden sollte. Die Sammlung ist ebenso aufschlussreich wie unterhaltsam. Überwiegend sind Plakate zu sehen, die an Hausmauern und Bretterwänden klebten. Aufschlussreiche Motive bieten aber auch die Notgeldscheine, die in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg von den Gemeinden herausgegeben wurden und ebenfalls zu Propagandazwecken genutzt wurden.

Bemerkenswert ist, wie sehr sich die Argumente der deutschen und der dänischen Seite glichen. Beide nahmen für sich in Anspruch, historisch im Recht zu sein. Beide versuchten, die jeweils andere Nationalität als das „Fremde“ darzustellen – sei es als Jüten oder als Preußen. Offensichtlich sah man die Muttersprache nicht als das allein ausschlaggebende Kriterium für das Abstimmungsverhalten. Zahlreiche deutschsprachige Plakate werben für Dänemark, der umgekehrte Fall ist etwas seltener, tritt aber ebenfalls auf. Tendenziell wirken die dänischen Motive in ihrer Bildsprache weicher als die deutschen. Einzelne Plakate mögen auf die Betrachter unterschiedlich gewirkt haben, je nachdem, ob ihr kultureller Hintergrund deutsch oder dänisch war. Den Verfassern gelingt es, solche Wahrnehmungsunterschiede zu begründen. Meist geht es hier um Anspielungen auf Volkslieder und bekannte Figuren zum Beispiel aus der Literatur, die nur in jeweils einem Sprachraum bekannt sind.

Vereinzelt wird auf den Plakaten auch pragmatisch argumentiert. So stellen die Dänen die wirtschaftliche Stärke ihres Landes im Vergleich zum kriegsgeschüttelten Deutschland heraus. Ein pro-deutsches Plakat enthält ein heute auf den ersten Blick überraschendes Argument: „Wer nicht Soldat werden will, sollte sich für Deutschland entscheiden.“ Anders als im dänischen Königreich gab es (aufgrund des Versailler Vertrages) in der neu entstandenen Weimarer Republik nämlich keine Wehrpflicht.

Das Buch ist sowohl in einer deutschen als auch in einer dänischen Ausgabe erschienen. Inge Adriansen und Immo Doege haben ihre Beiträge jeweils gegenseitig über-

setzt. Sie bezeichnen das Buch als erstes Ergebnis der Zusammenarbeit, die ihre Museen 2009 in einem Vertrag vereinbart haben, der der erste dieser Art zwischen einer Mehrheits- und einer Minderheitsbevölkerung in Europa ist. Tatsächlich erschien die erste Auflage des Buches bereits 1992. Die zweite Ausgabe ist allerdings umfangreicher. Sie enthält nicht nur zusätzliche Plakatabbildungen, sondern auch eine Übersichtskarte mit den Abstimmungsergebnissen 1920 sowie einen Text über weitere Volksabstimmungen über die Staatszugehörigkeit in anderen Teilen Europas nach dem Ersten Weltkrieg.

*Ove Jensen*

#### Standpunkte zur Grenzland-Zukunft

Grænseforeningens årbog 2010

Fremsyn – 12 interviews om grænselandets fremtid

Redaktion: Erik Lindsø, København: Grænseforeningen, 2010. 103 S., ill.

Im aktuellen Jahrbuch Fremsyn (Weitblick) von Grænseforeningen, dem mit Abstand bedeutendsten, 20.000 Mitglieder starken dänischen Grenzverein, blickten Autor Erik Lindsø und 12 mit der Grenzlandproblematik vertraute Interviewpartner aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Minderheiten (auch der deutschen Nordschleswiger) auf die Zukunftsperspektiven des deutsch-dänischen Grenzlandes. Mit der Befragung von Bertel Haarder, Jørgen Jensen Hahn, Katrine Hoop, Stephan Kleinschmidt, Carl Holst, Ralf Pittelkow, Jørgen Mads Clausen, Hans Heinrich Hansen, Maja Hojer, Anja und Mads Rykind-Eriksen, Anke Spoorendonk sowie Benny Engelbrecht, Ellen Trane Nørby und Jesper Petersen

hat der Autor versucht, Personen einzubeziehen, die aus der Mehrheits- und der Minderheitsbevölkerung beiderseits der Grenze stammen und zudem verschiedene Altersgruppen repräsentieren. Die Fragen sind dabei auf die einzelnen Personen und deren Lebenshintergrund zugeschnitten.

Die zukünftige Entwicklung des schleswigschen Grenzlandes beurteilen alle Befragten im Allgemeinen positiv. Die Interviewten heben das besondere Potential der Region, die kulturelle und sprachliche Vielfalt, als bedeutsamen Faktor hervor, wenn es darum geht, die Zukunft im Grenzland zu gestalten. Dass sich die Bevölkerungen nördlich und südlich der Grenze weiter annähern werden, davon sind viele der Befragten überzeugt. Einige verweisen auf die zunehmende Aufgeschlossenheit der Menschen gegenüber der Kultur des Nachbarn sowie auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die auf dem Wege ist, sich im Alltag der Region zu verankern. Dieser Wandel führt auch dazu, dass sich viele der Befragten Gedanken über ihre Identität machen. Etwa die Hälfte der Interviewten (insbesondere diejenigen mit Zugehörigkeit zu einer Minderheit) spricht von einer regionalen Identität, die sich bereits jetzt manifestiere und in der Zukunft weiter festigen werde. So bezeichnen sich die beiden Minderheitenangehörigen Katrine Hoop und Stephan Kleinschmidt als Schleswiger, weil sie das Grenzland als ihr Zuhause ansehen und sich sowohl in der deutschen als auch in der dänischen Kultur verankert fühlen.

Dem stehen der dänische Unterrichtsminister Bertel Haarder oder der dänische Autor Ralf Pittelkow gegenüber. Haarder vermutet, dass eine Trennung zwischen deutsch und dänisch noch lange bestehen bleibt, und Ralf Pittelkow ist der Meinung,

dass ein Mensch nicht ohne Nationalgefühl existieren kann und es eine Region mit eigenständigem Identitätsgefühl nicht geben wird.

Die Interviewpartner werden darüber hinaus zur Zukunft der Minderheiten, insbesondere der dänischen Minderheit, befragt. Ein großer Teil der Befragten ist überzeugt, dass die dänische Minderheit ihr Selbstverständnis überdenken und ihre bisherige Vereinsstruktur hinterfragen muss, wenn sie zukünftig bestehen will. Die Befragten sind sich einig, dass sich die Minderheit öffnen und neue Impulse von außen zulassen sollte.

Allgemein betrachtet sprechen die meisten der Befragten Empfehlungen aus oder machen verhaltene Vorhersagen, die sich an der nahen Zukunft orientieren. Es gibt jedoch auch einige gewagte Äußerungen, die maßgebende Veränderungen innerhalb weniger Jahrzehnte vorhersehen. So sind die Vorsteher der Volkshochschule in Rödding, Anja und Mads Rykind-Eriksen der Ansicht, dass sich der grenzüberwindende Gedanke innerhalb der nächsten 20 Jahre derart in der deutsch-dänischen Grenzregion festigt, dass es Bezeichnungen wie die deutsche oder die dänische Minderheit nicht mehr geben wird. Katrine Hoop, Leiterin von Aktivitetshuset in

Flensburg, wünscht sich, dass die gesamte Bevölkerung in Südschleswig die dänische Sprache innerhalb weniger Jahre versteht, damit ein Gleichgewicht zwischen der deutschen und der dänischen Sprache entsteht.

Die einzelnen Interviews wurden vom Redakteur an einigen Stellen zusammengefasst, doch ansonsten enthält er sich jedweden Kommentars. Der Vorsitzende von Grænseforeningen, Finn Slumstrup, macht im Vorwort darauf aufmerksam, dass es im Jahrbuch nicht darum gehe, die einzelnen Beiträge zu beurteilen oder gar ein Fazit zu ziehen. Vielmehr solle der Leser durch die unterschiedlichen Standpunkte zu eigenen Reflexionen angeregt werden.

Das Buch richtet sich vor allem an Personen, die sich mit Vergangenheit und Gegenwart des Grenzlandes auskennen. Leser, die selbst aus dem Grenzland stammen, können sich mit Bestimmtheit in einigen Aussagen wiederfinden und eigene Ansichten untermauern. Das Thema der Jahresschrift ist gut gewählt für den Verein, der seit einigen Jahren auf Erneuerung setzt und mit dem Slogan „For en åben danskhed“ (Für ein offenes Dänentum) wirbt.

*Ruth Clausen*

Ruth E. Clausen, Dipl.-Museologin  
Deutsches Museum Nordschleswig  
Rønhaveplads 12  
DK-6400 Sønderborg

Jens Christian Hansen, M.A.  
Syddansk Universitet  
Institute of History and Civilization  
Campusvej 55  
DK-5230 Odense M

Ove Jensen, M.A.  
Lollfuß 6  
24837 Schleswig

Dr. Jörn-Peter Leppien  
Libellenring 15  
24955 Harrislee

Dr. Klaus-J. Lorenzen-Schmidt  
Staatsarchiv  
Kattunbleiche 19  
22041 Hamburg

Gerret Liebing Schlaber, ph.d.  
VUC Sønderjylland  
Christiansfeldvej 31 D  
DK-6100 Haderslev

*Klaus-J. Lorenzen-Schmidt, 550 Jahre Ripen. Streit über eine alte Urkunde* Abb. 1: Dat se blieven ewich tosamende ungedelt. Festschrift der Schleswig-Holsteinischen Ritterschaft zur 500. Wiederkehr des Tages von Ripen am 5. März 1960, hrsg. v. Henning v. Rumohr, Neumünster 1960, S. 8; Abb. 2: Privatarchiv J.-P. Leppien

*Jens-Christian Hansen, Skandinavien in der Zeit des Nationalsozialismus und die „Aktion Bernadotte“. Ein Tagungsbericht* Abb. S. 199: Jens Martin Sørensen, I tyske kz-lejr. Tekst og tegninger fra Versen – Neuengamme, hrsg. v. Henrik Skov Kristensen, Hernov u. Frøslevlejrens Museum 2000, S. 127

*Jörn-Peter Leppien, Sklavenarbeit für den „Endkampf“. Die „Grenzstellung“ 1944/45 und das KZ Ladelund* Abb. 1, 12, 15: Ulrich Jeß; Abb. 2-4, 10, 16-17: Wiss. Dauerausstellung „Konzentrationslager Ladelund 1944“ in der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund; Abb. 5, 8: Bildheft neuzeitlicher Stellungsbau, hrsg. v. Oberkommando des Heeres, Berlin 1944; Abb. 6: Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Hamburg (Ermittlungssache Hans Griem); Abb. 7, 9: Tj. Wouters (Hg.), Opdat het nageslecht het wete. Gedenkboek voor de mannen, die op 2 october 1944 uit ons dorp werden weggevoerd, Putten, 2. Aufl. 1979; Abb. 11: Klaus Arweiler; Abb. 12, 14: Privatbesitz



Postvertriebsstück

C 3340 F

Entgelt bezahlt

ADS-Grenzfriedensbund e. V.

Marienkirchhof 6 • 24937 Flensburg

ISSN 1867-1853